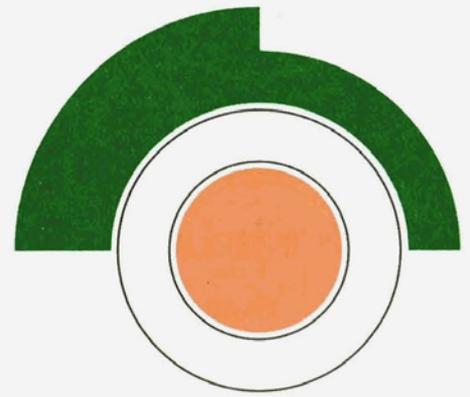


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 7



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 24. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 27. 4. 1993

WORT UND WIDERWORT

Ist die Kritik an der Politik gerecht?

Sagen, „was ist“; wer das zur Maxime seines politischen Handelns macht, werde niemals auf ungerechte Kritik stoßen, sondern er ermögliche damit erst konstruktive Kritik in der Sache. Diese Art von kritischer Auseinandersetzung mit Politik sei nicht nur gerecht, sie sei erforderlich und fördere die Kompetenz zur Lösung der Probleme. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Professor Dr. Friedhelm Farthmann**. Der CDU-Abgeordnete **Dr. Helmut Linssen** betont, manche Politiker müßten einfach wieder begreifen, daß der Staat eine Veranstaltung im Interesse des Bürgers sei und nicht ausschließlich den Politikern oder gar nur einer Partei zu dienen habe. Eine Politik, die mit Augenmaß, Ehrlichkeit und Lösungskompetenz betrieben werde, werde das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen. Der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Achim Rohde** vertritt die Auffassung, Politik werde nun mal von Menschen gemacht, und Menschen neigten auch zu falschen Entscheidungen. Es gebe Skandale und Skandalchen. Aber gemessen an dem, was die Politik der letzten 40 Jahre in Deutschland geschaffen habe, müsse das Wort Politikverdrossenheit wie Hohn klingen. Der Grünen-Abgeordnete **Dr. Michael Vesper** meint, die Politikerinnen und Politiker müßten den Verdruß der Menschen an der Politik ernst nehmen, statt ihn weiterhin bewußt zu übersehen. Zu Recht werde zum Beispiel den Parteien vorgehalten, sie hätten den Auftrag des Grundgesetzes, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, weit überzogen. (Seite 2)

Regierung sieht mit Sorge Scientology-Aktivitäten Mitglied wird hart indoktriniert

Die nordrhein-westfälische Landesregierung sehe sich durch vielfältige aktuelle Einschätzungen in ihrer Auffassung bestätigt, daß die Mitgliedschaft in der „Scientology-Kirche“ schwerwiegende Folgen für das einzelne Mitglied nach sich ziehen könne.

Die Autoritätsstruktur, die totale Reglementierung und die ideologische Sprachgebung der Organisation bewirkten eine harte Indoktrination und regelten das Mitglied nach außen hin hermetisch ab, heißt es in der Antwort der Regierung auf die Große Anfrage 16 der F.D.P.-Fraktion (Drs. 11/5275).

Dies gelte insbesondere dann, wenn die propagierten Lehren völlig verinnerlicht und übernommen würden. Bei entsprechender individueller Disposition seien pathologische Auswirkungen nicht auszuschließen. Die Landesregierung beobachte daher mit Sorge die um sich greifenden Aktivitäten der Scientology-Organisation.

Sie halte angesichts ihrer weitreichenden Vernetzung und ihrer Tätigkeit in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen ein abgestimmtes überregionales Vorgehen für erforderlich und unterstreiche die Notwen-

digkeit staatlicher und gesellschaftlicher Hilfsangebote.

Die F.D.P. hatte in ihrer Großen Anfrage nach der Sozialschädlichkeit und der Ausrichtung der Organisation auf wirtschaftliche Interessen gefragt.



Postwurfsendung

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Rechtsradikalismus

Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten in Deutschland hat drastisch zugenommen. Das wurde bei einer Anhörung des Hauptausschusses bekannt. (Seite 3)

Kommunalwahlgesetz

Um das „Häufeln“ von Stimmen zugunsten bestimmter Kandidaten bei der Kommunalwahl ging es in der Anhörung des Kommunalausschusses zu einer Gesetzesänderung. (Seite 4)

Politikunterricht

Ausreichenden Politikfachunterricht an NRW-Schulen halten CDU und F.D.P. für derzeit besonders wichtig. (Seite 5)

Salmonellen

Im Jahr 1991 starben im Land 24 Menschen an Salmonelleninfektionen. Die Fraktionen haben daher verstärkte Untersuchungen vor allem in Großküchen gefordert. (Seite 6)

Juristenausbildung

Hauptziel der Reformbestrebungen bei der Juristenausbildung ist die Verkürzung der Ausbildungsdauer. (Seite 8)

Integration

Für eine verstärkte Integration von Ausländern hat sich in seinem Halbjahresbericht der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Ausiedlerkindern“ ausgesprochen. (Seite 10)

WORT UND WIDERWORT

Ehrlichkeit in der Politik zur Lösung der Probleme

Von
Prof. Dr. Friedhelm Farthmann

Die SPD-Fraktion hat vor der parlamentarischen Osterpause eine Halbzeitkampagne gestartet, die unter dem Motto steht: „Nordrhein-Westfalen packt Probleme an — Wir sind sparsam, aber gerecht.“ Dieses Motto haben wir bewußt gewählt. Denn die aktuelle Politikverdrossenheit ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß die Bürger bei der gegenwärtigen Politik der Bundesregierung nicht mehr das Gefühl haben, daß die Lasten gerecht verteilt werden. Hinzu kommt, daß die Kosten der Einheit völlig falsch eingeschätzt wurden und man den Menschen die Wahrheit lange verschwiegen hat.

Kritik, die hier ansetzt und der Politik vorwirft, nicht mit offenen Karten gespielt zu haben, ist ebenso gerechtfertigt wie der Vorwurf, daß die gesamte politische Klasse hilflos wirkt angesichts der neuen Herausforderungen.

SPD: Sagen, was ist, und die Lasten gerecht verteilen

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine ehrliche Rechnung aufgemacht. Wir haben gesagt, auf welche politischen Schwerpunkte wir uns jetzt bis zum Ende der Legislaturperiode konzentrieren wollen und daß es daneben keine neuen Leistungsgesetze mehr geben kann. Vieles wäre politisch wünschenswert, aber es ist jetzt nicht mehr finanzierbar. Es macht keinen Sinn, sich an einen Status quo zu klammern, von dem wir mehr und mehr spüren, daß er nicht mehr zu halten ist.

Das einzuräumen und offen auszusprechen gehört zur Ehrlichkeit in der Politik. Eine Gesellschaft erstarbt, die alle Forderungen nach Anpassung oder Änderung zu tabuisieren versucht. Sagen, was ist; wer das zur Maxime seines politischen Handelns macht, wird niemals auf ungerechte Kritik stoßen, sondern er ermöglicht damit erst konstruktive Kritik in der Sache. Diese Art von kritischer Auseinandersetzung mit Politik ist nicht nur gerecht, sie ist erforderlich und fördert die Kompetenz zur Lösung der Probleme.

Von
Dr. Helmut Linssen

Die Kritik an der „Politikerkaste“ hat dramatische Formen angenommen. Nach aktuellen Meinungsumfragen beabsichtigt annähernd ein Drittel der Stimmberechtigten nicht mehr an Wahlen teilzunehmen. Wie die Kommunalwahlen in Hessen deutlich gezeigt haben, scheint vielen Bürgern mittlerweile noch die Wahl radikaler Parteien ein legitimes Mittel, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen.

In dieser Situation hilft es den betroffenen Politikern wenig, in Wehleidigkeit zu flüchten oder auf die Qualität ihrer leider nur unzureichend vermittelten Politik zu verweisen. Zum einen sind die Gefahren, die sich aus der Verweigerungshaltung vieler Bürger für die Demokratie ergeben, damit nicht gebannt. Zum anderen aber muß die Politik auch eingestehen, daß die Kritik vieler Bürger teilweise zu Recht besteht. Auf ganz zentralen Politikfeldern mußten wir gerade in jüngster Zeit und gerade auch in Nordrhein-Westfalen erleben,

CDU: Vertrauen der Bürger zurückgewinnen

daß die politische Sensibilität des Bürgers höher entwickelt ist als die vieler seiner Vertreter. So ist den Bürgern seit langem klar, daß die unkontrollierte Zuwanderung gestoppt werden muß. Für den ideologischen Starrsinn derer, die in der Regel ohne persönliche Betroffenheit lange Zeit eine Asylblockade blockiert haben oder die diese Blockade aus Parteiläson mitgetragen haben, haben die Bürger keinerlei Verständnis. Eine ähnliche Tabuisierung droht uns jetzt bei der Bekämpfung der Ausländerkriminalität. Wenn schon die differenzierte Behandlung dieses schwierigen Themas durch die CDU bei der SPD von vornherein auf Ablehnung stößt, braucht man sich über das Erstarren radikaler Parteien mit ihren holzschnittartigen „Lösungen“ nicht zu wundern. Manche Politiker müssen einfach wieder begreifen, daß der Staat eine Veranstaltung im Interesse des Bürgers ist und nicht ausschließlich den Politikern oder gar nur einer Partei zu dienen hat. Eine Politik, die mit Augenmaß, Ehrlichkeit und Lösungskompetenz betrieben wird, wird das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen.

Von
Dr. Achim Rohde

Politikverdrossenheit ist zum Modewort geworden. Ja, sie ist selbst Mode. Viele Bürger lassen sich über Politik so aus, als ob sie selbst damit überhaupt nichts zu tun hätten, als ob sie selbst gar nicht Teil einer Gesellschaft wären. Der Rückzug des Bürgers ins Private ist die bequemere Flucht vor Verantwortung, vor der Verpflichtung für das Allgemeinwohl.

Jeder, der eine gewisse Politik oder Politiker kritisiert, hat das Recht dazu. Er ist aber auch aufgefordert, es besser zu machen, selbst die Sache in die Hand zu nehmen und für das Allgemeinwohl zu arbeiten. Die Worte Kennedys, „Frag nicht, was der Staat für dich tun kann, frag, was du für dein Land tun kannst“, sind Geschichte für die einen, für mich aber nach wie vor aktuell. Eine Bürgergesellschaft geht zugrunde, wenn sie „Politikverdrossenheit“ als bequemem Ausweg praktiziert, sich von politischen Problemen zu entlasten,

F.D.P.: Der Wert von Frieden, Freiheit und Wohlstand

weil Politik ein „schmutziges Geschäft“ ist, auch Skandale gebiert, auch wenig transparent und oft unverständlich ist. Politik wird nun mal von Menschen gemacht, und Menschen neigen auch zu falschen Entscheidungen. Es gibt Skandale und Skandalchen. Aber gemessen an dem, was die Politik der letzten 40 Jahre in Deutschland geschaffen hat, muß das Wort Politikverdrossenheit wie ein Hohn klingen. Noch nie war der Wohlstand in unserem Land so groß wie in den letzten Jahren. Unser Volk hat jetzt 48 Jahre lang Frieden genießen dürfen. Das gesamte deutsche Volk hat die Freiheit in der Wiedervereinigung wieder gefunden. Man muß nicht erst nach Bosnien schauen, um den Wert von Frieden, Freiheit und Wohlstand begreifen zu können. Wer Politik nur als „Ihr da oben und wir da unten“ versteht, reduziert seinen Bürgerstatus auf den eines Entmündigten, der einen Vormund für sein persönliches Wohlergehen braucht. Damit gibt er die Demokratie und die Freiheit auf, die auf dem Postulat der Mitverantwortung beruht.

Von
Dr. Michael Vesper

Die Frage „Ist die Kritik an der Politik gerecht?“ läßt sich schon deswegen nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten, weil es die Kritik an der Politik gar nicht gibt. Sie kommt vielmehr in verschiedenen Gewändern daher. Mal wird die Politik als Schutttafelplatz für all die unerfüllten Wünsche und den täglichen Frust mißbraucht — die Politik ist immer schuld. Mal ist die Kritik scheinheilig: Was man selbst nicht schafft, nicht einmal versucht, soll die Politik gefälligst auf die Beine stellen. Und mal verbergen sich dahinter auch ganz schlichte nationalistische, antidemokratische und rassistische Ressentiments, die die gegenwärtige Stimmung ausnutzen und verstärken. Trotzdem: Die Politikerinnen und Politiker und die Parteien müssen den Verdruß der Menschen an der Politik ernst nehmen, statt ihn weiterhin bewußt zu übersehen. Zu Recht wird z.B. den Parteien vorgehalten, sie hätten den Auftrag des Grundgesetzes, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, weit überzogen. Die Parteien mischen sich mittlerweile in fast alle gesellschaftlichen Bereiche ein, um ihre In-

DIE GRÜNEN: Verdruß an der Politik ernst nehmen

teressen und insbesondere ihr Personal durchzusetzen. Sie beherrschen die Rundfunkräte, bestimmen, wer in höhere Positionen (schon als Schuldirektor) aufsteigen darf, dringen in immer mehr gesellschaftliche Bereiche ein. Etwas mehr Bescheidenheit täte ihnen gut, aber die Fähigkeit, sich selbst zurückzunehmen, haben die Parteien weitgehend verloren. Und auch mit Geschmacklosigkeiten wie von Unternehmern bezahlten Urlaubsreisen von Ministerpräsidenten (nicht in NRW!) muß endlich Schluß sein. Politiker sind zwar keine besseren Menschen als die anderen, aber sie müssen an sich höhere Maßstäbe anlegen lassen. Nur wenn die Politik die Kritik — auch wenn sie manchmal überzogen und unsachlich vorgetragen wird — ernst nimmt und die Fähigkeit zurückgewinnt, sich selbst auf den Prüfstand zu stellen, können die Parteien und wir Politiker/innen wieder Kraft entfalten — Kraft zur Lösung der riesigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Denn eins ist sicher: Ohne die Parteien ist Demokratie in Deutschland nicht möglich. Darum darf die Kritik die Parteien nicht zerstören, sondern sie muß verbessern. Die Kritik in dieser Weise konstruktiv aufzunehmen — das ist die Aufgabe von uns allen.

Anhörung des Hauptausschusses zum Rechtsradikalismus — Vorerst keine rechte RAF

Gewalttaten haben 1992 um 65 Prozent zugenommen

In der Bundesrepublik Deutschland ist von 42 700 Rechtsextremisten auszugehen. „Verschiedener Couleur“, wie der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Eckart Werthebach, bei einer Anhörung des Hauptausschusses unter der Leitung seines Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD) sowie des stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) zum Rechtsextremismus sagte. Werthebach machte in einem Lagebild über rechtsextremistische Bestrebungen in Deutschland deutlich, daß die rechtsextremistischen Gewalttaten zugenommen hätten. 1992 seien beim Bundesamt in Köln 2 506 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation erfaßt worden. Das bedeute gegenüber den 1 483 Gewalttaten von 1991 eine Steigerung um 65 Prozent. 17 Personen, darunter sieben Ausländer, seien 1992 an den Folgen dieser Gewalttaten gestorben. Das sei die höchste Zahl seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Werthebach wies ferner darauf hin, 1992 sei zum ersten Mal erkennbar geworden, daß sich im Nahtbereich von Neonazigruppen und Skinheadzusammenschlüssen eine Art „Verflechtung“ habe herauszubilden begonnen.

Vor der Anhörung nannte Reinhard Grätz die Schwerpunkte der zweitägigen Anhörung an ihrem ersten Tag, Donnerstag, 22. April: Phänomen Rechtsextremismus, Analyse, Bestandsaufnahme sowie Ursachen des Rechtsextremismus. Grätz führte die beteiligten Ausschüsse an: die Ausschüsse für Frauenpolitik, Innere Verwaltung, Kinder, Jugend und Familie sowie den Rechtsausschuß. Der Vorsitzende schloß: „Sie können sicher sein, daß mit dieser Anhörung das Thema für uns nicht erledigt sein wird.“ Auf eine der Gefahren wies gleich der erste Experte hin. Der Bielefelder Pädagogikprofessor Dr. Wilhelm Heitmeyer sagte: „Der Politik drohen die gewaltlosen Mittel zur Regelung politischer und sozialer Konflikte auszugehen.“ Er unterstrich, daß an den Straf- und Gewalttaten gegen Ausländer Jugendliche aus dem direkten rechtsextremen Spektrum relativ wenig beteiligt seien. Die Straftaten würden im Cliquenkontext meist im Wohnumfeld verübt. Die Gewaltentwicklung habe sich auf einem höheren Niveau eingependelt. Er gehe von einer schleichenden und verdeckten Eskalation aus. Der Weg Jugendlicher in den Rechtsextremismus werde durch die alltägliche Gewaltakzeptanz vorbereitet. „Große Sorgen“ äußerte Heitmeyer darüber, daß die zentralen gesellschaftlichen Institutionen zur Zeit paralytisch seien. Der Kölner WDR-Hörfunk-Redakteur Wolfgang Kapust, der sich nach eigenen Worten bei Begriffsbestimmungen immer wieder mit



Experten vor Beginn der Anhörung im Gespräch. Vorne rechts Dr. Eckart Werthebach, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Foto: Reinhardt

den Republikanern herumschlagen müsse, ob sie Rechtsradikale seien, nannte drei ideologische Hauptströmungen beim Rechtsextremismus: den weichen Extremismus, der sich in den Wahlerfolgen der Republikaner zeige, den harten Extremismus mit Skins, FAP und Wiking-Jugend sowie latente Einstellungen.

Zur Frage, ob Rechtsextremismus ein männerspezifisches Problem sei, meinte der Sozialwissenschaftler Professor Dr. Kurt Möller aus Esslingen, die Gefährdungslage des männlichen Teils der Bevölkerung sei unbestreitbar. Zwei Drittel der Wähler rechtsextremer Parteien seien männlichen Geschlechts. Die organisierte Szene setze sich zu 90 Prozent aus männlichen Mitgliedern zusammen. Weibliche Mitglieder gebe es auch, nur auf den niederen Stufen der Organisationen.

Parallel in West und Ost

Als ein Einfallstor für das Nachschieben anderer rechtsextremer Ideologien bezeichnete der Duisburger Wissenschaftler Professor Dr. Siegfried Jäger den Rassismus. Er ging ferner auf die sogenannte Neue Rechte ein. Das seien Ideologiezirkel, die auf den Konservatismus Einfluß zu nehmen trachteten. Sie versuchten die Revolution von rechts, wobei die „Aktion Bürgerkrieg“ keineswegs ausgeschlossen werde.

Der Berliner Journalist Burkhard Schröder erläuterte, daß die Neonazi-Entwicklung seit Mitte der 70er Jahre relativ parallel in West- und Ostdeutschland verlaufen sei. In der damaligen DDR habe es konspirativ arbeitende Wehrsportgruppen gegeben. Schröder, der sich in der östlichen Szene gut auskennt, machte auf ein Phänomen aufmerksam, als er sagte, mittlerweile finde man keinen Skinhead mehr, der so aussehe, wie man ihn sich vorstelle: „Aus Sicherheitsgründen“, erklärte er. Schröder schloß aus, daß sich zur Zeit so etwas wie eine rechte RAF bilden könne.

Gegen vorschnelle Analogien zu den 20er Jahren wehrte sich Dr. Ute Gerhard von der „diskurswerkstatt Bochum e.V.“. Um so erschreckender seien Aspekte, die auf Ähnlichkeiten mit einer Kampagne gegen Ostju-

den in den 20er Jahren hinwiesen, zu der Armut und kulturelle Andersartigkeit Anlaß gewesen seien.

Ursula Döhmman aus Siegburg meinte, was heute Orientierungslosigkeit zeige, sei eher die Orientierung hin auf Durchsetzungs- und marktkonforme Handlungsmuster. Den Grund für wachsende Gewalt sah die Sozialwissenschaftlerin Mechthild Jansen aus Köln in einem ganzen Ursachenbündel. Sie sprach von einer neuen sozialen Frage und nannte die Gewalt selber eine unorganisierte soziale Revolte. Professor Dr. Martin Bellermann von der Evangelischen Fachhochschule Bochum traf eine grundsätzliche Feststellung zu den rechtsextremen Parteien und Organisationen: „Der gemeinsame Feind, den sie alle haben, ist nicht der demokratische Staat, ist nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung, es ist der Liberalismus.“

Über Streetworkerarbeit berichtete Jürgen Kotbusch, Straßensozialarbeiter beim Jugendamt der Stadt Bochum. Diese Arbeit erfolge in Gruppen von zehn bis 20 Mitgliedern, Skinheads, „in der Regel alkoholabhängig, in der Regel ausgegrenzt“. „Wir haben sie nicht immer erreicht“, sagte Kotbusch und weiter: „Wir müssen für die Jugendlichen präsent sein.“ Diese Art von Sozialarbeit sei „kein pädagogischer Spielplatz“. Er bezeichnete den Zusammenhang von Möglichkeiten Jugendlicher, sich in selbstverwalteten und nicht pädagogisierten Räumlichkeiten zu treffen, und Austritten aus rechtsradikalen Parteien als empirisch gesichert.

Eine genaue Analyse der Texte rechtsradikaler Rockmusik forderte Elke Monssen-Engberding von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften. Professor Dr. Elisabeth Noelle-Neumann vom Institut für Demoskopie in Allensbach berichtete von dem Phänomen, daß die Tabuisierung des Rechtsradikalismus in Deutschland am ausgeprägtesten sei. 77 Prozent der Bevölkerung wollten keine Rechtsradikalen zu Nachbarn. Sie umschrieb Tabuisierung als ein äußerstes Mittel im Prozeß der öffentlichen Meinung. Unter jeder Tabuisierung befinde sich indessen vulkanischer Boden, der jederzeit aufbrechen könne. (Die Berichterstattung wird fortgesetzt.)

Anhörung Spitzenverbände und Wahlexperten anderer Bundesländer

Süddeutsche Wahlen: Beim Kumulieren zählt mehr die Person als das Programm

In der von Dr. Jörg Twenhöven (CDU) geleiteten öffentlichen Anhörung am 21. April beantworteten die Sprecher der kommunalen Spitzenverbände und Kommunalwahlexperten aus Baden-Württemberg und Niedersachsen zahlreiche Fragen der Mitglieder des Ausschusses für Kommunalpolitik zum Gesetzentwurf der Landesregierung zu Änderungen des Wahlrechts (Drs. 11/5113) und zu Entwürfen von F.D.P. und GRÜNEN-Fraktion (Drs. 11/2741 und 11/1811). Der Ausschuß will die Meinungsbildung bis zum 19. Mai abschließen.

Für etwas Irritation sorgte die siebte von 21 schriftlichen Fragen des Ausschusses, in der mitgeteilt wurde, die Landesregierung beabsichtige keine Änderung der Wahlordnung. Die Verbände wiesen darauf hin, daß ihnen dennoch ein Referentenentwurf aus dem Innenministerium vorliege. Den Fraktionen wurde auf ihre Bitte hin ebenfalls die Zuleitung des Entwurfs zugesagt.

Hauptreferent Raimund Bartella (NRW-Städtetag) sah Handlungsbedarf, und zwar bei der in der Kommunalwahlordnung vorgeschriebenen Vorlesung jedes einzelnen Stimmzettels bei der Auszählung. Diese verzögere unnötig und sei entbehrlich.

Zum Hauptthema, der Änderung des Kommunalwahlrechts, ist auch beim Städtetag die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen. Namens der Geschäftsstelle hielt der Referent Kumulieren („Häufeln“ mehrerer Stimmen zugunsten eines Kandidaten) und Panaschieren (Stimmabgabe auf mehreren Listen) für praktikabel, allerdings in einer für die Gemeindestruktur in NRW passenden Ausgestaltung. Das differenzierte Wählen stelle höhere Anforderungen. Der Wahlkampf werde sich nicht nur zwischen Parteien und Wählergruppen abspielen, sondern auch zwischen den Kandidaten der einzelnen Listen. Das könne die politische Kultur beleben.

Grundsätzlich sei mehr Bürgermitsprache zum Abbau von Politikverdrossenheit geeignet. Für positiv hielt Bartella auch die Auswirkungen auf die Bereitschaft zur Kandidatur. Zudem bekämen Fachleute und Seiteneinsteiger Chancen, von aussichtslosen Listenplätzen nach vorn und in die Räte gewählt zu werden.

Angeichts der Größe der Räte in NRW sollten die Wähler nicht so viele Stimmen erhalten, wie Sitze zu vergeben sind, aber auch nicht nur drei wie in Niedersachsen. Nachteilig seien großformatige Stimmzettel, hohe Kosten bei den Wahlämtern und das spätere Vorliegen der Endergebnisse.

Dr. Manfred Wichmann (NRW-Städte- und Gemeindebund) hielt einige Vorschriften der Unvereinbarkeit von Ratsmandat und Beruf für nicht mehr hinnehmbar, etwa die Annahme von Interessenkonflikten bei Beamten und Angestellten, nicht jedoch bei Arbeitern, Verwaltungsrichtern und Polizisten auf Kreisebene. Die Wählbarkeit solle möglichst wenig beschränkt werden.

Die Wahlordnung soll nach Meinung des Städtebundes möglichst schnell geändert werden. Auf das öffentliche Auslegen der Wählerverzeichnisse solle wegen möglichen Mißbrauchs verzichtet werden. Kleinere Räte seien zu begrüßen, der im Entwurf vorgesehene Spielraum für die Verkleinerung sei noch zu gering.

Unter Hinweis auf ein mehr als drei Jahre währendes Wahlprüfungsverfahren im Kreis Recklinghausen hielt Erster Beigeordneter Professor Dr. Janbernd Oebbecke (NRW-Landkreistag) eine Neuregelung für unabdingbar, und die Ratlosigkeit des Innenministeriums in dieser Sache für unverständlich. Die Anzahl der Kreistagsmitglieder könne um bis zu 25 Prozent reduziert werden. Die Frage nach der Kreistagsgröße habe überrascht, eine Verbandsmeinung gebe es noch nicht. Die Zunahme von Überhangmandaten, in einem Fall bis zu einem Drittel des Rates, werde nicht begrüßt. Auf die Repräsentanz kleiner Gemeinden müsse

aber Rücksicht genommen werden. Der Landkreisvertreter sprach sich gegen Kumulieren und Panaschieren aus. Im Vorstand seien Bedenken wegen der Zersplitterung der Parteienlandschaft ohne die Fünfprozentklausel geäußert worden. Insgesamt habe sich das NRW-Kommunalwahlrecht bewährt.

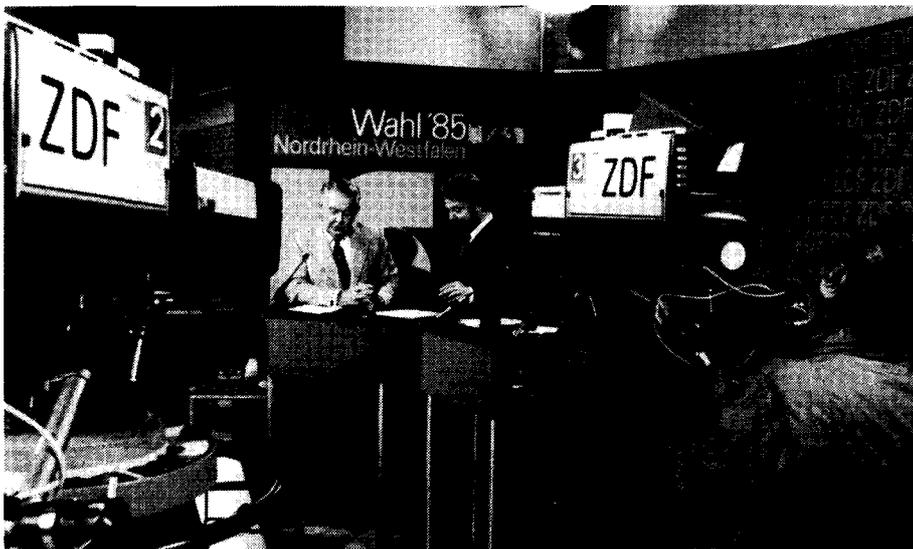
Aus Baden-Württemberg berichtete Ministerialdirigent Konrad Freiherr von Rotberg zunächst über Erfahrungen: 90 Prozent aller Wähler machten vom Kumulieren oder Panaschieren Gebrauch. In Großstädten sinke die Veränderungsquote entsprechend der geringeren persönlichen Bekanntheit auf bis zu 60 Prozent. Das persönliche Abstimmungskontingent werde zu 94 Prozent ausgeschöpft. In Baden-Württemberg haben Wähler so viele Stimmen, wie Räte zu wählen sind (zwischen acht und 60). Sie können jedem Bewerber bis zu drei Stimmen geben, aber auch ohne Veränderung wählen. Der Stimmzettel wird drei bis vier Wochen vor der Wahl zugesandt. Dann setzt nach dem Bericht des Stuttgarter Beamten ein lebhafter Meinungsaustausch in der Nachbarschaft ein.

1989 wurden in Baden-Württemberg die Freien Wähler stärkste politische Kraft auf kommunaler Ebene. Sie erhielten knapp 40 Prozent aller Gemeinderatssitze. Einen Zusammenhang zwischen Wahlsystem und Wahlbeteiligung sah der Sprecher nicht. Parteien und Wählervereinigungen würden gezwungen, überzeugende Persönlichkeiten zu benennen. Ihr Einfluß werde geringer, und ihre Programme verlören an Bedeutung. Für höhere Frauenanteile in den Räten sei das System günstig. Über deren Wahlerfolg entscheide aber wie bei Männern außer Persönlichkeitsmerkmalen der Herkunftsorte, langjährige Ratszugehörigkeit und der Beruf.

Aus Bayern erreichte den Kommunalausschuß eine schriftliche Stellungnahme mit dem Bericht ähnlicher Erfahrungen, allerdings ohne Berücksichtigung von Ortsteilen, „da die Gemeinderatsmitglieder die Interessen der ganzen Gemeinde, nicht nur eines Gemeindeteils zu vertreten haben“.

Aus Niedersachsen berichtete der Landeshauptwahlleiter Ministerialrat Karl-Ludwig Strelen, das Dreistimmwahlrecht mit möglichem Kumulieren und Panaschieren finde zunehmend Anklang. Damit Stimmzettel nicht zu umfangreich würden, werde jedes Wahlgebiet in Wahlbereiche mit jeweils unterschiedlichen Kandidatenlisten aufgeteilt. Eine weitere Vereinfachung sei nicht mehr möglich. Obwohl komplizierter als vorher, sei das neue System ohne Schwierigkeiten von den Wählern angenommen worden. Es habe nicht mehr ungültige Stimmen als früher (1,1 Prozent) gegeben. Das Fehlen einer Gesamtstimmabgabe werde von den Parteien zuweilen bedauert.

Die Direktwahl der Bürgermeister, aufgrund eines Parteitagebeschlusses von der NRW-SPD nicht gewünscht, wurde auf Fragen der Abgeordneten vom Städte- und Gemeindebund eindeutig befürwortet. Beim Städte- und beim Landkreistag gibt es keine klare Mehrheit dafür. In ihrem Entwurf für ein „Erstes Selbstverwaltungsentwicklungsgesetz“ setzt sich die F.D.P. für die Direktwahl ein. Im Änderungsvorschlag der Grünen geht es vor allem um Ausländerbeiräte und das kommunale Wahlrecht für Ausländer.



Ob in Nordrhein-Westfalen alles beim alten bleibt (im Bild Wahlabend im Ständehaus mit dem früheren Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler) oder ob künftig Stimmen auf bestimmte Kandidaten „gehäufelt“ werden können, entscheiden derzeit die Kommunalpolitiker des Landtags.

CDU und F.D.P.: Noch nie war Politikunterricht so wichtig wie jetzt!

Jugend zu Menschlichkeit, Demokratie und Verantwortung erziehen

Dr. Hans Horn (CDU) sagte, beim Schulfach Politik stelle sich sofort die Frage nach unserer freiheitlich-demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung und nach dem Auftrag der Schule. Der Artikel 7 der Landesverfassung drücke in klassischer Weise aus, „wozu wir in NRW uns bekennen“. Die den Rechtsstaat und demokratische Grundregeln bedrohenden Kräfte, wie politische Gleichgültigkeit, Einzel- und Gruppenegoismus, Gewaltbereitschaft und auch politischer Utopismus, schienen sich derzeit zu bündeln. Nach den Ursachen müsse tiefer geforscht werden. Warnungen des früheren CDU-Abgeordneten Professor Brüggemann seien von der SPD abgetan worden. Ein Hauptphänomen sei der Abbau von Bindungen. Bindung bedeute das überzeugte und gelebte Ja zu Werten. Nur wer zu diesem Ja fähig sei, sei auch zum klaren Nein gegenüber den zerstörerischen Kräften fähig. Bei unverantwortlich hohen Ausfallquoten oder fachfremdem Unterricht finde Politik häufig in der Schule nicht statt. Systematische Wissensvermittlung fehle. Die Lehrbefähigung Sozialwissenschaft reiche nicht aus. Die historische Dimension und Profilierung in Politik müßten hinzukommen. Politisches Bewußtsein solle gebildet werden, ohne jedoch den Unterricht zu politisieren.

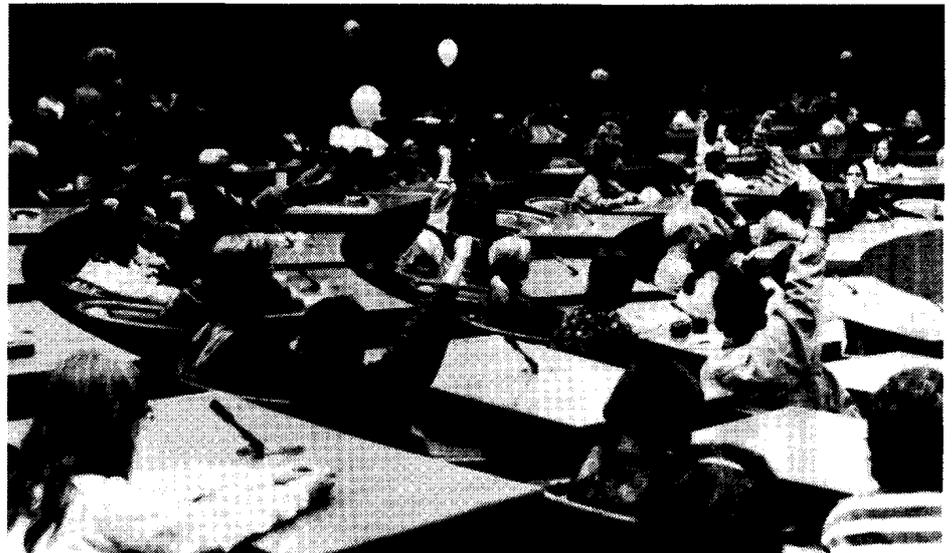
Andreas Reichel (F.D.P.) bezog sich ebenfalls auf den überdurchschnittlichen Unterrichtsausfall in Politik, der in den letzten Jahren auch noch besorgniserregend angestiegen sei. Gewalt und rechtsradikale Verhaltensmuster unter Jugendlichen sollten eigentlich vorbeugend Gegenstand von Politikunterricht sein. Bei steigenden Anforderungen hätten sich die schulischen Möglichkeiten verschlechtert. Die Landesregierung zeige sich dafür nicht sensibel. Für das Schulfach Politik müßten Lehrer bedarfsgerechter eingestellt werden. Als Querschnittsaufgabe auch mit starken Bezügen in den Geschichtsunterricht trage eine freundlichere Darstellung von Politik zum Abbau von Parteien- und Politikverachtung bei. Politische Bildung sei nicht wertfrei. Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz seien als überlegene Wertordnung zu erschließen. „Geben wir die Orientierung, die Jugendliche suchen, auch an unseren Schulen“, sagte Reichel und trat für Demokratieerlebnisse an Schulen ein.

Herbert Heidtmann (SPD) antwortete, in keinem anderen Bundesland sei die Bedeutung des Faches Politik so früh, so durchgreifend und überzeugend geregelt und akzentuiert worden wie in NRW. Frühere Debatten und Erlasse zeigten das. An der Ernsthaftigkeit des Antrags lasse das Totschlagargument vom Versagen zweifeln. Gerade die CDU sei dem Fach Politik in der Schule stets mit Skepsis und Abneigung begegnet, sie habe schlimme Dinge befürchtet. „Indoktrination“ sei der zentrale Vorwurf gewesen. Die Ausfallzahlen ärgerten die SPD ebenfalls. Sie teile die Sorge über den Rückgang des Politikunterrichts, der nicht nur mit Lehrermangel zu tun habe, sondern auch mit Gleichgültigkeit gegenüber diesem Fach. Er rege sich auch darüber auf, daß Geschichte, Politik und Sozialwissenschaften in einen Topf geworfen würden. Politikunterricht müsse von ausgebildeten Fachlehrern erteilt werden. Den Antrag-

Der Antrag von CDU und F.D.P. „Landesregierung versagt — Schulfach Politik fällt landesweit aus“ (Drs. 11/5223) wurde nach der Aussprache am 25. März an den Schulausschuß überwiesen. Schulpolitische Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen wiesen auf gesellschaftliche Umbrüche durch die weltpolitische und die neue deutsche Lage hin, die im Unterricht behandelt werden müßten. Die Bedeutung des Faches Politik, so wehrte der SPD-Sprecher Angriffe der Opposition ab, sei in NRW schon ganz früh erkannt worden. Die Antragsteller forderten dagegen Lehrereinstellungen zum Schuljahr 1993/94 für das Fach Politik und die Fächerkombination Politik/Geschichte, die besondere Lehrbefähigung für den Politikunterricht, für den Sozialwissenschaft keine ausreichende Grundlage sei, und die Übereinstimmung von Stundenplan und Schulwirklichkeit. Sie berufen sich auf den Artikel 7 der Landesverfassung:

Erziehungsauftrag laut Verfassung:

„Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen und Bereitschaft zum sozialen Handeln zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung. Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur Verantwortung für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“
(Artikel 7 NRW-Landesverfassung)



Das Kinderparlament im NRW-Landtag als lebendiger Beitrag zum Politikunterricht: Abgeordnete (an Plätzen mit Luftballon) beantworten Fragen der Schülerinnen und Schüler. Foto: Schüler

stellern sei die Lehrbefähigung durch den Studiengang Sozialwissenschaften suspekt. Das offenbare deren bedenkliche Unkenntnis. Bei der Gewichtung solle es bei den Vorgaben der Verfassung bleiben.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) hielt die Richtlinien für gut, die sich an mehr Demokratie, mehr Partizipation und Ausweitung des politischen Handlungsspielraums orientierten. Durch Verfahren der Ideologie- und Herrschaftskritik solle selbstbestimmtes Denken eingeübt werden. Die Schule habe diesen Prozeß überhaupt noch nicht vollzogen, dort heiße Mitwirkung die kleine Spielwiese. Erheblichen Ausfall stelle sie aufgrund der Statistiken fest. Aufgrund rasanter gesellschaftlich-ökonomischer Veränderungen, die auch soziale Milieus zerstörten und Hilflosigkeit bis Verzweiflung bei Kindern und Jugendlichen verursachten, sei politische Bildung nötiger denn je. Die Informations- und Mediengesellschaft produziere weniger Erkenntnis, sondern mehr Nachrichtenüberflutung, Manipulieren öffentlicher Meinung und Schaffen eigener Realitäten, die den Blick auf die Wirklichkeit verstellten. Die institutionalisierte Politik mache die Ver-

dummung der Bevölkerung zur Methode, sagte Frau Schumann und nannte als Beispiele den Solidarpakt, die Treuhand, den Grünen Punkt und die Asylantenflut. Vor anderthalb Jahren hätten die Grünen bereits Lehrereinstellungen verlangt. Leider unterstützten CDU und F.D.P. das Grünen-Anliegen nicht, sondern stellten die Richtlinien in Frage. Der Antrag sei vom Ansatz her falsch, er wolle dem Fach Politik an den Leib.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) bedankte sich bei allen Fraktionen, daß das Fach Politik augenblicklich als wichtig angesehen werde. Allerdings mache die Politik selbst einen größeren Eindruck auf das politische Bewußtsein als der Unterricht. Anträgen der Opposition auf Lehrereinstellung könne nicht immer gefolgt werden. Die Lehrbefähigung durch Sozialwissenschaften sei optimal. Das Fach könne auch Sozialkunde heißen. Die Disziplinen Politische Wissenschaften, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften lägen zugrunde. Mit dem Begriff „fachfremd“ solle vorsichtig umgegangen werden. Für engagierte Politiklehrer sei die neue Bedeutung des Faches eine Ermutigung.

Im Jahr 1991 starben 24 Menschen in Nordrhein-Westfalen an Salmonellen-Erkrankungen

Ärztliche Untersuchung für Personal in Großküchen und Sachkundenachweis gefordert

Im Jahr 1991 hat es in Nordrhein-Westfalen 23 345 Fälle von Salmonellen-Erkrankungen sowie 24 dadurch verursachte Sterbefälle gegeben. Sprecher aller Fraktionen forderten deshalb bei der Beratung des F.D.P.-Antrages „Salmonellen und Lebensmittelüberwachung“ Maßnahmen zur Eindämmung dieser durch Nahrungsmittel übertragenen Infektionen (Drs. 11/5226). Der Antrag wurde an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz überwiesen.

Friedel Meyer (F.D.P.) wies darauf hin, seit Jahren steige die Zahl der Salmonellen-Erkrankungen und -Todesfälle. In NRW seien 1991 23 345 Salmonellosen und 24 Sterbefälle aufgrund von Salmonellen-Erkrankungen registriert worden. Die Landesregierung habe offenbar verschlafen, Maßnahmen zur Sicherung der Gesundheit der Bevölkerung von NRW einzuleiten. „Wir fordern zugleich die Landesregierung auf, Verwaltungsvorschriften zu erlassen, die insbesondere Überwachungsmaßnahmen für Großküchen und Kantinen in Krankenhäusern und Altenpflegeheimen sowie sonstigen Betrieben der Gemeinschaftsverpflegung regeln“, sagte Meyer. Ferner fordere man jährliche Berichte mit Zahlen der Lebensmittelvergiftungen je nach Vergiftungsart, Zahlen der Großküchenkontrollen mit Ergebnissen und Zahlen der Kontrollen der EG-Betriebe mit Ergebnissen aufgelistet.

Hans Klaps (SPD) betonte, im Rat der Europäischen Gemeinschaft werde die sogenannte Zonose-Richtlinie verabschiedet. Diese sehe umfassende Untersuchungs- und Kontrollmaßnahmen in Brütereiern, Zuchtgeflügel-, Mastgeflügel- und Legehennenhaltungsbetrieben vor. Es handele sich dabei vor allem um Maßnahmen gegen Salmonellentypen, die in den Geflügelbeständen nicht zu klinisch relevanten Erscheinungen führten, die aber beim Menschen Infektionen auslösen könnten. Sobald diese Richtlinie in nationales Recht umgesetzt worden sei, werde sicher auch die Landesregierung die weiteren erforderlichen Maßnahmen veranlassen.

Eckhard Uhlenberg (CDU) sagte, wenn es Salmonellen-Erkrankungen gebe, stelle man immer wieder fest, daß sich die Betroffenen überwiegend in Großküchen infiziert hätten. Der Abgeordnete stellte die Frage, wie qualifiziert das Personal in Großküchen sei, das die Menschen ernährungsmäßig versorge. Er habe Zweifel, daß in vielen Großküchen das Personal die notwendige Mindestqualifikation habe. Sei es heute zum Beispiel in Altenheimen nicht auch so, daß mit alten Menschen die schnelle Mark gemacht und speziell im Gesundheitsbereich und in Küchen an qualifiziertem Personal gespart werde?

Lebensmittelüberwachung

Sorge um den Verbraucher

Der Landtag hat sich mit der Lebensmittelüberwachung, unter anderem auch mit Blick auf die geöffneten Grenzen, befaßt. Grundlage der Aussprache war die Große Anfrage 17 der F.D.P.-Fraktion, die für erledigt erklärt wurde.

Friedel Meyer (F.D.P.) betonte, der Hintergrund der Großen Anfrage sei eigentlich die Sorge: alle redeten nur noch von der Umwelt und deren Verbesserung, aber hierbei bleibe anscheinend der Mensch und Verbraucher auf der Strecke, und dies ganz besonders im Hinblick auf Verbraucherschutz, Lebensmittelüberwachung und Aufklärung.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) meinte, man dürfe die Angelegenheit nicht auf eventuelle unsachgemäße Handhabung in Küchen oder mangelnde Ausbildung von Personal reduzieren. Eines sei klar: Salmonellen-Erkrankungen habe es immer gegeben, auch in kleinsten Beständen und in der traditionellen Landwirtschaft, allerdings nicht mit diesen Folgen und diesem Ausmaß. Man müsse den Ursachen auf den Grund gehen. Martsch merkte an, daß 90 Prozent der Eierproduktion in großbetrieblicher Hand seien.

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) bezeichnete es als unabdingbar, zu einer vollständigen Kühlung der Eier im Handel zu kommen. Ferner gehöre die obligatorische jährliche ärztliche Untersuchung des in Großküchen und in der Gastronomie tätigen Personals dazu. Man müsse auch obligatorisch einen Sachkundenachweis für Küchenpersonal über den Umgang mit leichtverderblichen Lebensmitteln einführen sowie obligatorisch Angaben des Mindesthaltbarkeitsdatums bei Eiern fordern und durchsetzen. Zuletzt müßten sicherlich auch die Aufklärung der Verbraucher und der Küchenbetreiber selbst ständig verbessert werden.

Herbert Heidtmann (SPD) merkte kritisch an, es fehlten in dieser Anfrage vor allem grundsätzliche Problemanalysen in bezug auf die Entwicklung des Europäischen Binnenmarktes und die Auswirkungen auf den Verbraucher, dessen Ausgeliefertsein an den Markt und die kaum noch zu bewältigende Schwemme des Angebots im Lebensmittelbereich sowie des Funktionierens des EG-weiten Kontroll-, Prüfungs- und Überwachungssystems.

Wilhelm Krömer (CDU) erklärte, bis zur Erzielung gleichwertiger Ausbildungsstandards bei der amtlichen Überwachung in der gesamten EG müßten zum Schutz der Verbraucher im Lande NRW eventuelle Defizite aus anderen Mitgliedsstaaten vorsorglich durch eine Intensivierung der Kontrollen im Inland aufgefangen werden. Unabhängig

Fortsetzung Seite 7



Blick ins Plenum: im linken Bild v.l. die Abgeordneten Helmut Kupski und Irmgard Schmid (beide SPD); im rechten Bild v.l. die Abgeordneten Franz-Josef Balke, Franz-Josef Britz, Otti Hüls und Walter Neuhaus (alle CDU).
Fotos: Schüler

Antrag der GRÜNEN-Fraktion in direkter Abstimmung mit 198 Stimmen abgelehnt

Grundsätzlich weiterbestehendes Recht auf Asyl muß in bestimmten Fällen eingeschränkt werden

Den Erhalt des Artikels 16 Grundgesetz in der bisherigen Form fordern die Grünen in ihrem Antrag (Drs. 11/5246), über den der Landtag am 24. März beriet. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag mit elf Jastimmen, 198 Neinstimmen und ohne Enthaltungen abgelehnt. Damit stellte sich die Mehrheit der Abgeordneten hinter den Kompromiß zum Asylrecht, auf den sich die Bonner Regierungskoalition mit der SPD geeinigt hat.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) erklärte als Absicht des Antrages, vor dem Hintergrund der Ausschreitungen gegen Ausländer in Deutschland die politisch Verantwortlichen zu fragen, was sie zur Verteidigung des Grundgesetzes beitragen wollten. Er erinnerte an die Krisensituation, in der sich Deutschland befunden hatte, als der Parlamentarische Rat das Asylrecht formulierte. Dieses Recht sei auch das Ergebnis der Erfahrung derjenigen, die ohne Asyl Opfer des Naziregimes geworden wären. Wenn der Artikel 16a wie vorgesehen verabschiedet werde, so bedeute dies eine polizeiliche Scheinlösung, die die entscheidende Frage der Verteilung von Reichtum und Armut in Europa und andere Fluchtursachen außen vor lasse.

Egbert Reinhard (SPD) bezeichnete den Antrag der Grünen als „taktischen Griff in die grüne Trickkiste“. Das grundsätzlich weiterbestehende Recht auf Asyl müsse in bestimmten Fällen eingeschränkt werden, da sich die Situation in der Bundesrepublik verändert habe. Die enorme Zuwanderung müsse gesteuert werden. Verständliche wirtschaftliche Fluchtursachen dürften nicht mehr auf der Grundlage des Artikels 16 des

Grundgesetzes behandelt werden. „Bei einer Zuwanderung im letzten Jahr von annähernd einer Million Menschen sind unsere Gemeinden, unsere Länder und auch unser Rechtssystem überfordert“, so der Abgeordnete Reinhard. Er hoffe auf eine Einigung zur Straffung der Asylverfahren in der nächsten Woche in Bonn, damit die Politik handlungsfähig bleibe.

Taktischer Antrag

Heinz Paus (CDU) verwarf die Vorstellungen der Grünen über die Auswirkungen des gemeinsamen Asylgesetzes als „pure Stimmungsmache“. Der Entwurf für eine Änderung des Artikels 16a Grundgesetz und das neue Asylverfahrensgesetz könne das Problem der unkontrollierten Zuwanderung lösen. Daher fordere er die Landesregierung auf, den Gesetzentwurf, über den jetzt im Bundestag beraten werde, so rasch wie möglich im Bundesrat mitzubeschließen.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) unterstützte den SPD-Abgeordneten Reinhard in der Einschätzung, es handele sich um einen taktischen Antrag der Grünen. Die Bürger forderten von den Parteien einen Kompromiß bei diesem Thema. Darüber hinaus sei es inhumaner, allen Menschen die Möglichkeit zum Kommen zu geben, auch wenn diese dann unter erbärmlichen Bedingungen in der Bundesrepublik vegetieren müßten.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) hielt den Zeitpunkt des Antrags der Grünen für falsch, da die Beratungen und die Auswertung der Sachverständigenanhörung im Bundestag noch nicht abgeschlossen seien. Außerdem sei die Forderung nach Erhalt des Artikels 16 Absatz 2 Satz 2 nicht zu vereinbaren mit einem von den Grünen geforderten Einwanderungsgesetz, da dem Staat dann die Steuerungsmöglichkeiten für eine Einwanderungspolitik fehlten. Schließlich müsse man auch zu einem Lastenausgleich in Europa kommen. Deutschland könne hier nur als gleichberechtigter Partner auftreten, wenn es selbst über die Zuwanderung bestimmen könne. Das sei beim jetzigen Asylrecht unmöglich. Er garantierte den Abgeordneten, daß für die SPD-Mitglieder im Bundestag und Bundesrat eine befriedigende Regelung über den Verbleib von Flüchtlingen mit Polen und der Tschechischen Republik unabdingbar sei.

Lebensmittelüberwachung...

Fortsetzung von Seite 6

davon sollten zweifellos gemeinsame Wege der Qualitätssicherung und Eigenkontrollen beschränkt werden.

Siegfried Martsch (DIE GRÜNEN) sagte, der Verbraucher glaube, mit der Einhaltung von EG-Standards und daran ausgerichteter Lebensmittelüberwachung sei die Welt schon in Ordnung und der beruhigende Einkauf sichergestellt. In Wahrheit hätten genau

diese EG-Standards die Lebensmittelwelt durcheinandergebracht und allmählich das Sein durch Schein ersetzt. Sie gewährleisteten in keiner Weise, daß der Anbau von Feldfrüchten oder die Haltung von Masttieren umweltverträglich oder tiergerecht erfolgten.

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) sagte zur Lebensmittelüberwachung, man habe nach Wegfall der Grenzkontrollen auch Auffangmechanismen installiert, dazu gehöre, daß man verstärkte

Kontrollen von Lebensmittel- und Fleischtransporten auf den Transportwegen selbst durchführe, verstärkte Kontrollen bei den Importeuren und Großhändlern, aber auch beim Einzelhandel. Ferner würden die Probenentnahmen der Lebensmittel mit umfangreicher Laboranalyse noch stärker auf den Bereich „Erzeugung und Herstellung“ verlagert. Man wolle künftig sogenannte Untersuchungsschwerpunkte bilden, damit die Untersuchungsämter noch schlagkräftiger in der Breitenwirkung würden.



Momentaufnahmen: im linken Bild v.l. die Abgeordneten Dr. Achim Rohde (Fraktionschef) und Hagen Tschöeltesch (Parlamentarischer Geschäftsführer, beide F.D.P.); im rechten Bild v.l. die Abgeordneten Bärbel Höhn (Fraktionssprecherin) und Brigitte Schumann (beide DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüler

Juristenausbildungsgesetz soll novelliert werden

Hauptziel der Reformbestrebungen ist die erhebliche Verkürzung der überlangen Ausbildungsdauer

Über die Notwendigkeit weiterer Reform der Juristenausbildung herrscht im Landtag weitgehend Übereinstimmung. Nach erster Lesung wurde das Elfte Gesetz zur Änderung des Juristenausbildungsgesetzes im Entwurf der Landesregierung an den Justizausschuß sowie den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung überwiesen (Drs. 11/5202).

Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) teilte mit, Ziel der jetzt anstehenden umfassenden Juristenausbildungsreform seien die erheblichen Verkürzungen der Ausbildungsdauer, die verstärkte Einbeziehung europäischer Gesichtspunkte in die Ausbildung durch Erweiterung entsprechender Möglichkeiten sowohl während des Studiums als auch während des juristischen Vorbereitungsdienstes und die weitere Abkehr vom Bild der Justizjuristen durch stärkere Berücksichtigung der rechtsberatenden Berufe. Darüber hinaus würden den Studierenden sowie den Referendarinnen und

Referendaren mit dem Gesetzentwurf mehr Freiräume für die Gestaltung ihrer Ausbildung eingeräumt. Als Hauptziel der Reformbestrebungen bezeichnete der Minister die erhebliche Verkürzung der überlangen Ausbildungsdauer. Als flankierende Maßnahmen zu dem Ende 1992 eingeführten Freiversuch seien eine deutliche Beschränkung des Prüfungsstoffes und eine Abschichtungsmöglichkeit für die Klausuren vorgesehen.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) betonte, auch seine Fraktion bejahe das Grundanliegen des Entwurfs, die Juristenausbildung zu verkürzen. Das Grundanliegen sei richtig, aber man müsse aufpassen, daß darunter



Die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen hat unter der Leitung ihrer Vorsitzenden, Staatsministerin a.D. Inge Donnep (2. v.l.) ihre Jahreshauptversammlung im Landesparlament abgehalten. Der Gruppenleiter im NRW-Wirtschaftsministerium, Deitmer (l.), referierte über wirtschaftliche Aufgaben und Probleme im Land Nordrhein-Westfalen. Rechts im Bild die ehemaligen Abgeordneten Rudi Bahr und Lukas Schaa (v.l.).
Foto: Reinhardt

Referendaren mit dem Gesetzentwurf mehr Freiräume für die Gestaltung ihrer Ausbildung eingeräumt. Als Hauptziel der Reformbestrebungen bezeichnete der Minister die erhebliche Verkürzung der überlangen Ausbildungsdauer. Als flankierende Maßnahmen zu dem Ende 1992 eingeführten Freiversuch seien eine deutliche Beschränkung des Prüfungsstoffes und eine Abschichtungsmöglichkeit für die Klausuren vorgesehen.

Dr. Dieter Haak (SPD) erklärte, er glaube, die Konzentration des Lehr- und Studienstoffes und die Konzentration des Prüfungsstoffes, die Vereinfachung des Verfahrens, teilweise auch die Reduzierung von Anwaltshaftzeiten seien gut und richtig. Die Vorteile lägen ja auf der Hand. Die Hochschulen würden entlastet, auch die Ausbildungszeit im übrigen werde verkürzt, und es würden Kosten gespart.

Dr. Rolf Hahn (CDU) meinte, es scheine sich, was den Gesetzentwurf angehe, ein breiter Konsens anzubahnen. Die kürzeren Studienzeiten, die Abkürzung der Ausbildungszeit seien wichtig. Bislang habe es fast zehn Jahre gedauert, ehe der Jurist ins Berufsleben entlassen worden sei. „Heute können es einschließlich der Freischußrege-

lung sieben Jahre sein.“ Das sei ein erheblicher Fortschritt. Hahn machte indessen auch auf ein Defizit aufmerksam, das den Zeitgewinn jedenfalls teilweise aufzehre. Es sei nicht hinnehmbar, daß nach dem ersten Staatsexamen ein großer Zeitraum vergehe, ehe die jungen Leute mit dem juristischen Vorbereitungsdienst beginnen würden.

Roland Appel (DIE GRÜNEN) stellte fest: „Juristenausbildung muß reformiert werden, das, denke ich, ist uns allen klar.“ Man brauche leistungsfähige, aber auch mit gesellschaftlicher Bodenhaftung versehene Juristinnen und Juristen in diesem Land. Zu der Reduzierung der Hausarbeiten auf vier Wochen meinte der Abgeordnete, es werde wahrscheinlich dazu führen, daß die Preise für solche Hausarbeiten und für die Mithilfe bei solchen Hausarbeiten steigen würden, aber nicht unbedingt die illegale Mithilfe abgeschafft werde.

Rudolf Apostel (SPD) sagte, der vorliegende Gesetzentwurf könne als eine Verbesserung der bisherigen Regelung begrüßt werden. Aus Sicht der Hochschulpolitik gebe es gleichwohl noch Beratungsbedarf und

Öffentlicher Dienst

Fahrradfahrer gleich behandeln

Die Grünen haben im Landtag „eine ganz einfache Maßnahme“, die nach den Worten ihrer Sprecherin **Gisela Nacken** in die Kompetenz des Landes falle, nur zu geringfügigen Mehrkosten für die Landeskasse führen werde, aber Symbolwirkung für die Gleichstellung von Auto und Rad zeigen solle, gefordert: Die Gleichbehandlung von rad- und Auto fahrenden Bediensteten des öffentlichen Dienstes. Das heiße: zehn Pfennig Entschädigung für jeden tatsächlich auf dem Fahrradsattel zurückgelegten Kilometer, wie das für Autofahrer schon immer selbstverständlich sei. **Irmgard Schmid** (SPD) erklärte bei der ersten Lesung des Grünen-Gesetzentwurfes zur Änderung des Landesreisekostengesetzes (Drs. 11/5207), auch die SPD sei für die Aufnahme einer Wegstreckenentschädigung für Fahrradfahrer, jedoch allgemein und nicht aus triftigem Grund. Abwegig sei es jedoch, Dienstgänge von Fußgängern in diese Regelung einzubeziehen. Für die CDU erklärte **Klaus Stallmann**: „Wir haben nichts gegen fahrradfahrende Beamtinnen und Beamte. Im Gegenteil: Es fördert die Gesundheit und steigert sicher auch die Leistungsbereitschaft.“ Er fügte hinzu, das gesamte Landesreisekostengesetz müsse auf den Prüfstand. „Aus Gründen des Umweltschutzes, der Gleichstellung, der Sozialverträglichkeit, der Zeitersparnis und der Gesundheit der Mitglieder dieses Hauses stimmen wir der Überweisung des Antrages zu“, sagte die F.D.P.-Abgeordnete **Dagmar Larisika-Ulmke**. **Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) erinnerte daran, daß die Landesregierung ihren Entwurf des Reisekostengesetzes zur Kenntnis gegeben habe. Darin gehe man noch weiter als im Antrag der Grünen. Man anerkenne schlichtweg, wenn jemand mit dem Fahrrad fahren wolle. Man habe nichts dagegen, daß dieser Entwurf gemeinsam mit dem Antrag der Grünen beraten werde.

Änderungswünsche. Diese zielten vor allen Dingen auf den Prüfungsaufwand und die Täuschungsanfälligkeit bei der Hausarbeit ab, ferner auf die Abschichtung der Prüfungsergebnisse sowie die Wahlmöglichkeit zur Anwendung des neuen Rechts.

Erster NRW-Tourismus-Tag in Bad Salzuflen

Erstmals wird am 10. September in Bad Salzuflen (Kur-Centrum) ein überregionaler Tourismus-Tag Nordrhein-Westfalen stattfinden. Das teilte der Wirtschaftsminister dem Landtag zusammen mit der Einladung zur Teilnahme, vor allem der Wirtschaftspolitikern, mit. Mit neuen Wegen bei der Fremdenverkehrswerbung soll zur Pflege „weicher“ Standortfaktoren des Landes beigetragen werden.



Die Regierung muß im Parlament Rede und Antwort stehen. Sie tut das nicht nur offiziell vom Rednerpult aus, sondern auch im Gespräch an der Regierungsbank. Der Fotograf hat den Regierungschef und einige seiner Kabinettsmitglieder mit der Kamera „beobachtet“: v.l. Ministerpräsident Johannes Rau, Innenminister Dr. Herbert Schnoor, Justizminister Dr. Rolf Krumsiek, Wirtschaftsminister Günther Einert, Bauministerin Ilse Brusis und Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers (alle SPD).
Fotos: Reinhardt

Fraktionen nehmen bei Debatte unterschiedliche Positionen zum Dualen System ein

Matthiesen: Müllfreie Gesellschaft wird es nicht geben

Die Positionen im Landtag zum Dualen System sind unterschiedlich. Das ergab die Aussprache über die Große Anfrage 18 der F.D.P.-Fraktion zur Einführung des Dualen Systems im Lande NRW. Während die CDU sich positiv äußerte, wurden der SPD Absetzbewegungen vorgehalten. Die Grünen nahmen eine eindeutige Abwehrhaltung ein. Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) machte klar, daß es eine müllfreie Gesellschaft nicht geben werde.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) sagte, wenn er sehe, wie langfristige Verträge, die zum Teil zwischen privaten Entsorgern und Unternehmen abgeschlossen worden seien, dann durch Kommunen ausgehebelt würden, dann grenze das zum Teil an Mafiamethoden. Für die Landesregierung gebe es noch die Chance, in diesen Bereichen einzugreifen. Auch der Landtag sollte nicht zulassen, daß sich die branchenfremden Großunternehmen immer wieder die Monopolstellungen

in der Entsorgungswirtschaft mit den Kommunen teilen.

Klaus Strehl (SPD) meinte, das Duale System sei noch längst nicht über den Berg. Die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung sei noch nicht in einem ausreichenden Umfang gegeben. Es gebe nach wie vor auch erhebliche Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit des Systems. Es sei zu fragen, ob das Duale System Deutschland in der Tat die eigentliche Hauptstrategie, die Vermeidung, in einem ausreichenden Umfang realisiere, oder ob es nicht besser gewesen wäre, es bei der Umsetzung der Verpackungsverordnung selber zu belassen.

Hans Peter Lindlar (CDU) nahm mit Befremden zur Kenntnis, daß die SPD sehr erkennbare Absetzbewegungen vom Modell des Dualen Systems mache. „Wir sind davon überzeugt, daß wir damit der Entsorgungswirtschaft einen richtigen Weg vorge-

geben haben. Dieses System arbeitet nämlich nach dem Verursacherprinzip.“

Gerd Mai (DIE GRÜNEN) erklärte, durch das Duale System würden den Verbraucherinnen und Verbrauchern Milliarden ohne entsprechende ökologische Gegenleistung aus der Tasche gezogen. Die DSD GmbH habe im letzten Jahr aufgrund „unserer Aufklärung“, aber auch wegen eigener Fehler ein Negativimage bekommen. Dieses schlechte Image, das auch auf die politischen Unterstützer dieses Systems abfärbe, sei eine wichtige Voraussetzung, um wieder mehr Druck in Richtung Abfallvermeidung zu machen.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) hielt dagegen, die Grünen-Stellungnahme überrasche nicht. Sie seien gegen alles. Sie seien gegen Müllverbrennung, gegen jede Deponie, gegen jede Verwertungs- und Sortieranlage. Sie seien nur total für die Müllvermeidung. „Das sind wir auch. Aber die müllfreie Gesellschaft, die gibt es nicht.“

Frage nach Verzinsung von Landesvermögen

Der Landtag ist mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen von CDU und Grünen einer Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses gefolgt und hat den CDU-Antrag über angemessene Verzinsung und wirtschaftlichen Einsatz von Landesvermögen abgelehnt (Drs. 11/4927).

Reinhold Trinius (SPD) erinnerte daran, es sei vereinbart worden, daß das zusätzlich haftende Kapital, soweit es nicht belegt sei, durch Aktivitäten der Wohnungsbauförderungsanstalt bei der Ermittlung des Entgel-

tes herangezogen und berücksichtigt werden solle, aber erst dann, wenn feststehe, wie ein ganzes Geschäftsjahr verlaufen sei.

Winfried Schittges (CDU) betonte, die CDU habe immer wieder gesagt, daß man die Eingliederung der WFA in das Vermögen der WestLB nicht für richtig halte. Jetzt habe der Kollege Trinius gesagt, Zahlung ja, aber erst dann, wenn feststehe, wie das Geschäftsjahr gelaufen sei. Solche Praktiken wolle man in NRW insbesondere mit dem öffentlichen Vermögen doch nicht handhaben.

Rudolf Wickel (F.D.P.) sagte, man werde das Ergebnis einer Beamtengruppe abwarten, die der Finanzminister weisungsfrei an die Ermittlung der Verzinsung gesetzt habe.

Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) kritisierte, der WestLB würden für ihre „sehr

bedenklichen Geschäfte“ vier Milliarden Mark Haftungskapital zur Verfügung gestellt. Es gehe nicht um die Verzinsung, sondern um die Nutzung dieses Vermögens als Haftungskapital. Wieso solle sich nicht das Land die vier Milliarden Mark, die es bereitstelle, entsprechend entgelten lassen? Das sei überhaupt nicht einzusehen.

Finanzminister Heinz Schlußer (SPD) unterstrich, festzustellen bleibe, daß die CDU gegen die Integration gewesen sei, wobei ohne Integration nicht einmal die Chance bestünde, dieses Kapital verzinst zu bekommen. „Sie wollten dieses Geld nicht, und nun reklamieren Sie es besonders intensiv. Das ist eine Methode, die ich Ihnen vorwerfen muß“, sagte der Minister. Ferner könne nicht die WestLB vier Milliarden Mark belegen, sondern zunächst einmal habe die WFA Vorgriff auf dieses Kapital.

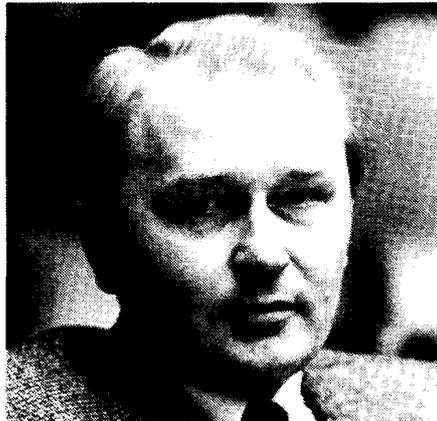
Stolz auf Leistungsbilanz und Dank an Vorsitzenden der Arbeitsgruppe

Mit einem Dank für die geleistete Arbeit durch Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat der Landtag am 25. März die Debatte über den von Jürgen Schaufuß (SPD) vorgelegten Halbjahresbericht der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern“ abgeschlossen.

Jürgen Schaufuß (SPD) sagte im Tätigkeitsbericht: „Die angespannte Arbeitsmarktsituation und die zunehmende Konkurrenzsituation um den Arbeitsplatz, die durch die Wiedervereinigung und die große Zahl von Aus- und Übersiedlern noch gestiegen ist, aber auch zunehmende Fremdenangst haben die Distanz zwischen Ausländern und Deutschen vergrößert.“ Darum sei das Sofortprogramm der Landesregierung gegen Ausländerfeindlichkeit zu begrüßen; die Arbeitsgruppe hätte allerdings gewünscht, von Anfang an an den Überlegungen beteiligt worden zu sein. Als stark ausgeprägte Industrieregion werde NRW auch künftig starken Anreiz auf Ausländer ausüben. Eine von allen gewünschte Integration und die Schaffung eines für alle Bürger erträglichen sozialen Klimas könne erreicht werden, „wenn die Gesellschaft weiterhin bereit ist, eine tolerante Grundhaltung einzunehmen. Dies kann nicht durch Separation, sondern nur durch Integration im Rahmen einer interkulturellen Bewußtseinsbildung erfolgen.“ Der Arbeitsgruppenvorsitzende blickte auf die Aktivitäten und Leistungen zurück und erwähnte dabei vor allem die Ausweitung der Zahl der Regionalen Arbeitsstellen im Lande und die im vergangenen Jahr erstmals erreichte Durchsetzung eines Stellenzuschlags für Realschulen und Gymnasien für Fördermaßnahmen. Er kritisierte aber die drastischen Reduzierungen der Bundesregierung und die qualitative Verschlechterung der Förderrichtlinien im Bereich des Garantiefonds: Dadurch seien einschneidende Beeinträchtigungen der bestehenden Fördermöglichkeiten künftig unvermeidbar.

Vera Dedanwala (SPD) bezeichnete die Arbeitsgruppe als wichtig. Sie sagte voraus, daß der Schulbesuch von Kindern von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen zu deutlichen Schwierigkeiten in den Schulen führen werde und unterstrich die Bedeutung des Stellenzuschlags für die Integrationshilfen und den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht. Bei der Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit gebe ihr zu denken, daß an Ausschreitungen gegen Asylantenheime viele Jugendliche ohne Hauptschulabschluß und ohne Lebensperspektive beteiligt waren; vor ein paar Jahren habe es an den Schulen noch einen völlig vorurteilsfreien Umgang der Schüler verschiedener Nationalitäten gegeben.

Norbert Giltjes (CDU) stellte fest: „Die Arbeitsgruppe hat ihren Beitrag zur Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern in diesem Lande geleistet. Dieser Beitrag ist bescheiden, an der Problemlage orientiert, manchmal direkt vor Ort und in Kooperation untereinander erreicht worden. Deswegen wünscht die CDU-Fraktion, daß diese Arbeitsgruppe für den Rest der Legislatur ihre Arbeit fortsetzen kann. Die Förderungsarbeit sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von hohem Rang.



Jürgen Schaufuß (SPD) ist Leiter der Arbeitsgruppe Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern. Foto: Schüler

Sie müsse darum verantwortungsbewußt angegangen werden.

Andreas Reichel (F.D.P.) dankte besonders dem Vorsitzenden: Er schaffe es immer wieder, „das Gemeinsame in den Vordergrund unserer Arbeit zu rücken, nicht das Trennende“. In diesem Sinne solle die Arbeit fortgesetzt werden, fand Reichel, auch wenn angesichts der begrenzten finanziellen Mög-

lichkeiten die Spielräume zum Erreichen der an sich schon begrenzten Integrationsziele eher begrenzt als ausgeweitet würden. Es dürfe nicht so bleiben, daß nur eine kleine Minderheit ausländischer Kinder nach ordentlicher Schulzeit in eine geregelte Berufsbildung gehe: „Die allermeisten verschwinden als billige, nicht qualifizierte Arbeitskräfte in dieser Gesellschaft.“

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) schätzte die Arbeitsthemen der Gruppe als nicht umfassend genug ein: Im Interesse eines überparteilichen Minimalkonsens würden Bereiche wie Ausländergesetz oder Asylrecht ausgeblendet. Die Schulen seien zu monokulturell ausgerichtet, die dort Beschäftigten seien nicht in der Lage, interkulturelle Pädagogik umzusetzen. Sammelunterkünfte und Streichungen bei der Sozialhilfe verschlechterten weiter die Situation von Kindern und Flüchtlingen.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) sprach der Arbeitsgruppe Lob aus: Sie solle so weiterarbeiten wie bisher und „mit Augenmaß, Sachverstand und großem Engagement alle, die mit Kindern und Jugendlichen aus dieser besonders belasteten Gruppe zu tun haben, immer wieder anstoßen, anregen und auch helfen“.

Aufnahmegesetz wurde verabschiedet

In zweiter Lesung hat der Landtag am 24. März das Dritte Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (Entwurf der Landesregierung Drs. 11/5143 und 11/5203) verabschiedet. Angenommen wurde auch ein Entschließungsantrag aller vier Fraktionen (Drs. 11/5297 neu); ein Änderungsantrag der F.D.P. (Drs. 11/5257) wurde abgelehnt.

Vera Dedanwala (SPD) begrüßte die Novelle im Namen ihrer Fraktion und nannte als Ziele des Gesetzes, daß die Städte und Gemeinden entlastet werden sollen, die derzeit besonders große Belastungen ertragen müßten. So würden nur noch zu 50 Prozent in Übergangsheimen untergebrachte Aussiedler angerechnet. De-facto-Flüchtlinge würden nur noch drei Jahre nach ihrer Anerkennung in die Berechnungen aufgenommen, und für die besonders belasteten Flächengemeinden werde eine Härteregelung eingeführt: Die Mehrbelastung werde auf 25 Prozent gegenüber einem reinen Einwohnerschlüssel begrenzt.

Helmut Harbich (CDU) kritisierte den vorgelegten Entwurf und warf der Landesregierung Versagen vor. Die CDU werde auch in Zukunft größere Kostengerechtigkeit für die Gemeinden einfordern. Man hätte erwartet, daß das Gesetz zu einer vereinfachten und zeitnahen Erstattung der den Kommunen geschuldeten Landesmittel finden und die Beteiligung des Landes an den Kosten der Unterbringung, Verpflegung und Betreuung von Bürgerkriegs- und De-facto-Flüchtlingen regeln würde. Diese Erwartung sei enttäuscht worden, darum könne man von der CDU nicht erwarten, daß sie dem Gesetz zustimmen werde.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) bekundete Ablehnung des Gesetzes, weil die SPD nicht bereit sei, auf ihr „Lieblingskind“, den

Flächenschlüssel, zu verzichten. Weil dies ein völlig unzumutbares Instrument sei, habe die F.D.P. einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht. Um aber den Gemeinden so früh wie möglich Planungs Klarheit und Rechtssicherheit zu verschaffen, verzichte ihre Fraktion allerdings auf eine dritte Lesung des Entwurfs.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) übte Kritik an der „scheibchenweisen“ Novellierung des Gesetzes, da mache die Regierung eine „Dauerbaustelle“ auf und gebe den Kommunen nicht mehr Sicherheit. Bei der Novellierung gehe die Landesregierung so vor, daß zuerst die Belange der Kommunen und der Kommunalverwaltungen berücksichtigt würden; „was möglicherweise an Novellierungsbedarf zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge erforderlich ist“, werde nach hinten geschoben. Der Sprecher machte nachdrücklich darauf aufmerksam, daß angesichts der im Landessozialbericht festgestellten Wohnungsnot und Obdachlosigkeit Asylsuchende vermehrt „in eine Konkurrenzsituation zu allen anderen Wohnungsnotfällen geraten, die vorübergehend in kommunalen Einrichtungen untergebracht und versorgt werden müssen“.

Sozialminister Franz Müntefering (SPD) stellte fest, bei der Entscheidung über die Novelle gehe es um die Frage, nach welchen Kriterien „die Menschen, die künftig zu uns kommen, auf die Städte und Gemeinden verteilt werden“. Im übrigen werde sich NRW „im Sinne der Parteienvereinbarung von Bonn sich um eine vernünftige Regelung“ bemühen. Schon heute sei geregelt, daß die anerkannten Bürgerkriegsflüchtlinge je zur Hälfte von Bund und Land finanziert werden. Aber es gebe weiteren Beratungsbedarf, etwa in der Frage, was mit Bürgerkriegsflüchtlingen zu geschehen habe, die von Privatleuten eingeladen, dann aber nach Wochen und Monaten an die Gemeinden weitergegeben würden: „Das kann die Regel nicht sein.“

Grüne fordern Chemie-Kataster und Umsetzung der Störfallverordnung

„Hochst kann überall sein, auch im Chemieland Nordrhein-Westfalen“ — unter diesem Motto forderte die Fraktion DIE GRÜNEN für komplexe Anlagen und größere Chemiebetriebe ein Gesamtkonzept; isolierte Einzelmaßnahmen für Betriebsteile oder Einzelanlagen reichten nicht aus, stellte die Fraktion in ihren Antrag „NRW zieht Konsequenzen aus den Störfällen bei Hoechst: Sicherheitskonzept für die chemische Industrie“ (Drs. 11/5247) fest. Der Landtag überwies den Antrag einstimmig nach der Debatte am 24. März an den federführenden Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) meinte, nach den Vorfällen beim Frankfurter Chemieunternehmen müsse abgegangen werden von dem Motto „Einmal genehmigt, immer genehmigt“. Nach der Störfallverordnung hätten die Behörden das Recht, den Betreibern zur Auflage zu machen, die Anlagen an den neuesten Stand der Sicherheitstechnik anzupassen; davon werde viel zu selten Gebrauch gemacht. Der Umweltminister sollte ein umfassendes Kataster über die Produktion der chemischen Industrie in NRW anlegen, um mit diesem EDV-gestützten Informationssystem die Frage beantworten zu können: „Wo mit welchen Verfahren und welchen Sicherheitsstandards werden welche Produkte hergestellt?“ Ein Störfall wie der vom 22. Februar könne sich in der chemischen Industrie allorts wiederholen, denn die Ursachen bezögen sich nicht auf Hoechst; erstes Glied der Ursachenkette sei nämlich menschliches Versagen gewesen. Die Landesregierung solle sich nicht länger scheuen, der chemischen Industrie „auf die Füße zu treten“ und sollte Abstand nehmen von ihren Plänen, die Gewerbeaufsicht schrumpfen zu lassen. Der Chemiestandort NRW dürfe nicht durch unterlassene Sicherheitsmaßnahmen und durch unterlassene Information gefährdet werden, schloß sie.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) räumte ein, die hessischen Ereignisse gäben sicher Anlaß für eine kritische Überprüfung, nicht aber zu „weiterer bürokratischer Überreglementierung“. Der Minister: „Vorsorge vor Störfällen hat in Nordrhein-

Westfalen Tradition.“ Hier würden Staat und Industrie nicht erst nach „jeweiligem Schadenseintritt tätig, um Belastungen abzubauen, sondern sie suchen in kooperativer, sachgerechter Lastenverteilung nach integrierten Lösungen zur Vermeidung von Umweltauswirkungen und Sicherheitsrisiken“. Er wundere sich über hessische Ankündigungen, nun wolle man mit externem Sachverstand arbeiten — das sei in NRW seit Jahren geübte Praxis. Das vorhandene Datensystem über Anlagen und Stoffe nach der Störfallverordnung sei anerkannt und habe sich bewährt; andere Länder griffen bei ihrer Entscheidungsfindung darauf zurück. Man müsse alles tun, damit NRW Chemieland Nr. 1 bleibe, aber das gehe nicht über neue Bürokratie, sondern über die volle Anwendung des bestehenden Instrumentariums und seine Überprüfung auf Schwachstellen.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) stellte einen Vertrauensverlust der chemischen Industrie bei der Bevölkerung fest, der nur abzuarbeiten sei, „wenn sie Sicherheitstechniken rigoros anwendet und diese Anwendung auch transparent macht“. Die vorhandene Störfallverordnung sei einmalig in Europa und biete, „würde sie konsequent umgesetzt“, größtmögliche Sicherheit nach dem Stand der Technik. Der grüne Antrag trage nicht zur erforderlichen Versachlichung der Diskussion bei, er betreibe ein Doppelspiel, weil die Grünen einerseits sich zum Chemiestandort NRW bekennen, aber „im Herzen“ ihre Gegnerschaft zu dieser Sparte trügen.

Siegfried Jankowski (SPD) bezeichnete ein modernes Leben ohne Chemie als undenkbar. Es müsse eine aktive Sicherheitspartnerschaft zwischen Industrie und Behörden geben; die Betriebe müßten sich in der Informationspolitik kooperativ verhalten. Eine Verschärfung der Störfallverordnung sei nicht notwendig, „würde die Industrie die Verordnung in jeder Hinsicht einhalten, wäre ein hinreichender Schutz gewährleistet“. Starke Kontrollen in der chemischen Industrie seien seit langem die Regel; dennoch liege die Verantwortung für die Sicherheit letztlich bei jedem einzelnen Betreiber. Sie seien nicht erst seit der Störfallserie bei Hoechst gefordert.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) mahnte zur Vorsicht im Hinblick auf Verunsicherung und Verängstigung der Bevölkerung. Bei den hessischen Störfällen sei stets menschliches Versagen ausschlaggebend gewesen, und das lasse sich nie völlig ausschließen. Die Folgen menschlichen Versagens müßten kalkulierbar sein, forderte der Sprecher, das Personal intensiver geschult werden. Die Firma Hoechst habe dafür Sorge zu tragen. Bei einem Störfall seien nicht nur die Angestellten und Arbeiter verantwortlich, sondern auch die Manager. Ruppert: „Manager, die ihr Geld nicht wert sind, schickt man gemeinhin in die Wüste. Genau das hätte mit diesen Verantwortlichen der Firma Hoechst geschehen müssen. Ich bedaure, daß dies bisher nicht geschehen ist.“ Gottlob sei nach seiner Erkenntnis die Informationspolitik chemischer Unternehmen in NRW in der Regel anders.

Kommunale Sitze in EG-Regionalausschuß

Auf Empfehlung des Hauptausschusses (Drs. 11/5259) hat der Landtag Ende März den CDU-Antrag „Besetzung des Ausschusses für ‚Vertreter der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften‘ der EG — die kommunale Ebene gehört dazu“ (Drs. 11/4685) für erledigt erklärt. Für ebenfalls erledigt erklärt wurde der Entschließungsantrag der F.D.P. in gleicher Sache (Drs. 11/4830).

Erich Heckelmann (SPD) erwähnte, daß es im Hauptausschuß die einheitliche Meinung gegeben habe, mit ihren drei Sitzen sei die kommunale Seite im Regionalausschuß angemessen vertreten. Darum sei neuerlicher Beratungsbedarf nicht gegeben.

Norbert Giltjes (CDU) zeigte sich erfreut darüber, daß sich seine Fraktion in dieser Sache habe durchsetzen können, wenn auch nicht im Landtag, so doch im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat, wo man sich im Sinne des CDU-Antrags geeinigt habe.

Michael Ruppert (F.D.P.) sah das Thema als erledigt an; CDU und F.D.P. hätten sich durchgesetzt, also lohne es sich nicht mehr zu streiten. In der Debatte habe die Landesregierung, die sich gegen die kommunale Beteiligung ausgesprochen habe, keine „gloriose Rolle“ gespielt.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) hielt die Beteiligung der Kommunen für sinnvoll und für Ausfluß des von der Bundesrepublik in Maastricht durchgesetzten Subsidiaritätsprinzips. Nach Auffassung ihrer Fraktion wäre es angemessener gewesen, wenn man sich auf zwei Kammern, eine Regional- und eine Kommunalkammer, geeinigt hätte.

Minister Wolfgang Clement (SPD) machte aus seiner Haltung keinen Hehl: Es sei sicher „etwas überspitzt und übertrieben“ zu glauben, daß mit den drei Sitzen im Ausschuß der Regionen wesentliches für die Kommunen und für die Regionen in Europa gewonnen wäre. Er wünsche sich diesen Elan der CDU künftig auch dann, wenn es darum gehe, die Interessen der Länder und Regionen in Europa durchzusetzen.



Eine Delegation des Abgeordnetenhauses der Provinz Kangwon-do der Republik Korea hat bei ihrem Deutschlandaufenthalt auch Nordrhein-Westfalen besucht und ist von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebel (M.) empfangen worden. An dem Empfang nahm auch der SPD-Abgeordnete Horst Sommerfeld (3. v.r.) teil. Foto: Reinhardt



Die Verkürzung der Schulzeit erneut im Visier (v.l.): Beatrix Philipp (CDU), Andreas Reichel (F.D.P.), Brigitte Speth (SPD) und Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN).
Fotos: Reinhardt/Schüler

Schulzeitverkürzung auf dem Prüfstand

„Dauer aller Bildungsgänge einbeziehen“

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung wird den gemeinsamen Antrag von CDU und F.D.P. „Schulzeit auf zwölf Jahre straffen – Ausbildungsqualität sichern“ (Drs. 11/5224) weiterberaten. Das wurde vom Landtag in der Debatte am 25. März beschlossen.

Beatrix Philipp (CDU) wies auf die lange Reihe der Initiativen zur Schulzeitverkürzung hin, die allesamt an der SPD-Mehrheitsfraktion gescheitert seien. Jetzt stehe man vor der Gefahr, daß diese Verkürzung auf Druck der einsparungswilligen Finanzminister zustande komme, aber „es geht nicht um Kürzungen, Streichungen, Einsparungen und Kappungen, es geht um den verantwortlichen Umgang mit den Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen“. Weil der Generationenvertrag in Gefahr sei, es Handlungsbedarf in Folge der deutschen Vereinigung gebe und Wettbewerbsnachteile im vereinten Europa auszugleichen seien, könne man es nicht wie bisher weiterlaufen lassen. Es sei aber nicht allein mit der Verkürzung getan, Studienreform und Schulstrukturdebatte gehörten zu dem Thema.

Andreas Reichel (F.D.P.) hoffte, daß nach den vielen Initialzündungen der letzten Jahre der Zug nun endlich in Bewegung komme und sich der Schlingerkurs des Kultusministers in dieser Frage nicht weiter fortsetze. Er solle endlich Ordnung in sein Konzept bringen. Mit Blick auf die Finanzpolitiker stellte er fest: „Wir brauchen jetzt mehr und nicht weniger Investitionen in Bildung.“ Es biete sich die Chance, die Schulzeitverkürzungsdiskussion dazu zu nutzen, „daß wir ein besseres und ein kürzeres Gymnasium bekommen“. Wenn ein Deutscher Hochschulabsolvent in die Praxis gehe, dann sei sein Kollege aus England schon fünf Jahre (und damit uneinholbar) im Beruf.

Brigitte Speth (SPD) urteilte, es gehe CDU und F.D.P. nicht um eine allgemeine Schul-

zeitverkürzung, sondern um die Reduzierung des gymnasialen Bildungsgangs von neun auf acht Jahre. Das werde mit Abbau von Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen, mehr Auslese und Abwertung des zehnten Pflichtschuljahres erkauft. Auf dieser Basis lasse sich die SPD für das Anliegen nicht gewinnen. Wohl könne man über die Abschaffung von Leerläufen in der gymnasialen Oberstufe sprechen. Sinn mache die ganze Diskussion auch erst dann, wenn in die Diskussion über Bildungszeitverkürzung die Ausbildungszeiten an der Hochschule mit einbezogen würden. „Die gesamten Bildungszeiten sind zu betrachten“; das Schlagwort von den kürzeren Bildungszeiten in Europa gelte nicht, auch wenn es immer wiederholt werde.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) zweifelte, ob es der CDU um eine pädagogische Reform oder um ein Sparkonzept gehe: Warum beziehe die Diskussion nicht alle Schulformen, sondern nur das Gymnasium ein, das damit abgeschottet und der Durchlässigkeit entzogen werde. Nach Ansicht der Grünen gehe es nicht nur um Inhalte, sondern auch um die Vermittlung von Orientierungen, mit denen sich die Schülerinnen und Schüler den neuen Herausforderungen stellen könnten. Da aber habe sie Bedenken, ob man dies in kürzerer Zeit bewältigen könne. Dennoch sei die Schulzeit für sie kein Tabu, „nur, ich will alles mitdenken und das alles bewältigt sehen“.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) korrigierte den Begriff Initialzündungen in „Fehlzündungen“: Die machten sehr schön Krach und man könne sie mehrfach wiederholen. „Das geschieht hier“, stellte der Minister fest und warnte vor einer Diskussion, die die Grundvoraussetzungen nicht einbeziehe. Wer die Zeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre verkürze, der riskiere die Nichtanerkennung in den anderen Bundesländern. Im übrigen habe er den Eindruck, das Interesse an einem früheren Abitur sei im Landtag sehr viel größer als bei den Betroffenen selbst.

Beatrix Philipp (CDU) fügte an, über Details ließe sich reden, wenn ein Konzept vorliege. Im übrigen registriere sie bei der SPD anstelle der bisherigen rigorosen Ablehnung ein vorsichtiges „Jein“.

Liberaler wollen berufliche Bildung attraktiver machen

Für eine grundlegende Schulreform in einer modernen Gesellschaft hat sich die F.D.P. in ihrem Antrag (Drs. 11/5225) ausgesprochen, in dem sie neben einer neuen Profilbildung des Gymnasiums eine Stärkung und Modernisierung der beruflichen Bildung, eine „breit angelegte Praxis-Schule“, fordert. Der Landtag debattierte Ende März über diesen Antrag und überwies ihn an den Schulausschuß.

Andreas Reichel (F.D.P.) war der Auffassung, man könne den Umstand, daß sich immer mehr junge Menschen zum Hochschulstudium entschlossen, nicht bloß beklagen, sondern müsse endlich etwas für die Attraktivität der beruflichen Bildung tun. Während die anderen Fraktionen Modell zur Schulstruktur entwickelt hätten, zeige die SPD „unglaubliches Beharrungsvermögen“. Sie verschleie vor dem tatsächlichen Zustand etwa der Gesamtschule die Augen, halte an der Viergliedrigkeit des Schulwesens fest und wolle die Hauptschule ausbluten lassen. Die F.D.P. sei der Meinung, daß es andere Wege als die „einfallslose Mängelverwaltung“ gebe. Sie habe Reformideen.

Manfred Degen (SPD) sah sich in der Lage, vielen Forderungen des Antrags zuzustimmen; sie seien Allgemeingut und nicht neu. Für ihn sei die Frage, wie man die Attraktivität der beruflichen Bildungsgänge steigern wolle, wenn gleichzeitig der Weg zum Abitur um ein Jahr verkürzt werde.

Gudrun Reinhardt (CDU) gab die Überzeugung wieder, das duale System, „um das uns manche industriell hochentwickelten Länder beneideten“, stecke in einer tiefen Krise. Bei den Auseinandersetzungen um den Stahlstandort Siegen sei die Forderung deutlich geworden, die Hauptschule als eigentliches Fundament des dualen Systems der beruflichen Bildung zu stärken, auch kleine Fachklassen und Bezirksklassen zu erhalten, damit möglichst viele junge Fachkräfte in der Region eine Zukunft sähen.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) lehnte es ab, Schulpolitik in erster Linie aus den wirtschaftlichen Anforderungen abzuleiten; im Mittelpunkt müßten die Schülerinnen und Schüler stehen. Die F.D.P. konzentriere sich auf eine äußere Schulstrukturreform und schreibe das hierarchisch gegliederte Schulsystem auf zwei Modelle – Praxischule und wissenschaftsorientierte Leistungsschule – fest. Die Grünen wollen „statt der Schulformen alles in Schulstufen organisieren“. Sechs Jahre Grundschulzeit, dann in der Sekundarstufe II die Wahlmöglichkeit zwischen Abitur und Fachhochschulreife an gymnasialen Oberstufen oder einer integrierten Ausbildung von beruflicher und allgemeiner Bildung mit beiden Abschlüssen in der Kollegschule.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) hielt die Debatte für weitgehend überflüssig und lehnte es ab, der Arbeitswelt Schülerinnen und Schüler nach dem Prinzip „Just in time“ zu liefern. Liberaler sollten nicht für eine Lenkung des Bedarfs sein. Er wies die Partei auf die großen Bildungspolitiker hin, die sie in ihren Reihen gehabt habe.

Gerd-Peter Wolf (SPD) erläuterte, Zeitungsberichte über die dramatische Zunahme illegaler Beschäftigung seien nur die Spitze eines Eisbergs. In den letzten zwei Jahren kämen auf dem Bau zwei bis drei illegale Beschäftigte auf einen legalen Werksvertragsarbeiter aus Osteuropa. Ohne diese sei der Bauboom nicht zu bewältigen. Aber der Kostenvorteil habe für kleine und mittlere Betriebe verheerende Folgen. Kriminelle verdienten sich durch die an sich gewollten Werksverträge eine goldene Nase. Die osteuropäischen Kollegen müßten einen anderen Status und gleiche Bedingungen wie deutsche Arbeitnehmer erhalten.

Helmut Harbich (CDU) fuhr fort, kriminelle Elemente nutzten eine gutgemeinte zwischenstaatliche Hilfe zu schamloser Bereicherung aus. Sie betrieben einen rigorosen Verdrängungswettbewerb auf dem Bau. Tausende deutscher Arbeitnehmer verlor ihren Arbeitsplatz und ausländische würden ausgebeutet. Gegen die Auswüchse reichten die geltenden Gesetze aus. Ämter müßten aber zusammenarbeiten. Kommunale Ordnungsbehörden seien überfordert. Der volkswirtschaftliche Schaden werde auf 100 Milliarden Mark jährlich geschätzt. Der Friede in der Bauwirtschaft könne nur durch Umwandeln der Werksarbeitsverträge in befristete Gastarbeiterverträge wiederhergestellt werden. Die Kontingente müßten gekündigt werden.

Hagen Tscholtsch (F.D.P.) stimmte der Darstellung der beiden Vorredner zu. Die Bundesregierung habe die Wirtschaft in den jungen Demokratien in Osteuropa stärken wollen. Inzwischen sei von 500 000 illegal Beschäftigten die Rede. Die Firmen seien aus Wettbewerbsgründen dazu gezwungen. Nicht nur das Bauhaupt-, sondern auch das Ausbaugewerbe sei betroffen. Die F.D.P. werde in Bonn intensiv auf schnelles Handeln drängen.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) hielt ebenfalls sofortiges politisches Eingreifen gegen Lohn- und Tarifdumping für erforderlich. Skrupellose Profithäie gebe es auch unter einheimischen Unternehmern, die nur nach dem günstigsten Angebot griffen. Schon lange vor der Öffnung nach Osteuropa habe die arbeitsmarktpolitische Deregulierung der Ära Kohl dem Mißbrauch das Scheunentor geöffnet. Der NRW-Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Lohndumping von 1991 weise ein höheres Problembewußtsein auf als der Antrag. Die Überwachung durch Gewerbeaufsicht und Arbeitsverwaltung werde dem neuen Massenphänomen nicht gerecht. Leiharbeit und Werksverträge müßten wieder verboten werden. Der interfraktionale Antrag sei eine Ersatzhandlung. Die Grünen würden sich enthalten.

Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) drückte Verständnis für die Polen und Rumänen aus, mißbilligte jedoch Wildwestmethoden zu Lasten unserer Arbeitslosen. Schlepperbanden und Firmen suchten Vorteile aus dem schmutzigen Geschäft zu ziehen. Zu rund 100 000 Werksvertragsarbeitern kämen einige hunderttausend illegal beschäftigte Ausländer im Umfeld. 1992 habe es deswegen 1 600 Ermittlungsverfahren gegeben. Über 8 100 illegale Beschäftigungen seien festgestellt und 7,5 Millionen Mark Bußgelder verhängt worden. Die Landesregierung begrüße den Antrag, den er den Bonner Fraktionsvorsitzenden schon angekündigt habe. Ein weiteres Problem seien Scheinselbständige, die die Gesetze zu unterlaufen versuchten.

Regierung und Landtag schlagen Alarm:

Hunderttausende arbeiten illegal am Bau

Den gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und F.D.P. gegen den Mißbrauch ausländischer Werkvertrags- und Saisonarbeiter, gegen Lohn- und Arbeitsrechtsdumping und für verstärkte Verfolgung illegaler Beschäftigungsverhältnisse (Drs. 11/5244) nahm der Landtag am 24. März einstimmig an. Er fordert — unterstützt vom NRW-Kabinett — von der Bundesregierung wegen skandalösen Mißbrauchs die sofortige Umwandlung der Werksverträge mit osteuropäischen Bauarbeitern in befristete Gastarbeiterverträge sowie gemeinsame verschärfte Kontrollen.



Massenhafte Billiglohnarbeit am Bau bedroht Arbeitsplätze in NRW.

Appell an Medien:

Schluß mit Werbung für Mädchenhandel!

Der SPD-Antrag „Handel mit ausländischen Mädchen und Frauen bekämpfen“ (Drs. 11/5243), in dem unter anderem schärfere Strafen für Menschenhändler gefordert werden, wurde am 24. März vom Landtag mit der Mehrheit von SPD und CDU angenommen. In einer gemeinsamen Entschließung appellierten außerdem alle vier Fraktionen an die Medien, keine Werbung von Heiratshändlern und für Sextourismus zu verbreiten.

Reinhold Hemker (SPD) berichtete von großer Anteilnahme bei der Beratung im Frauenausschuß angesichts des brutalen und menschenverachtenden Handels mit Mädchen und Frauen. Die Nachfrage von Männern lasse diesen Markt entstehen. Die rosarote Mediendarstellung erzeuge ein Klima der Akzeptanz. Armut führe in vielen Ländern zur skandalösen Ausnutzung der Rechtlosigkeit. Für ein anderes Bewußtsein trügen Männer die Verantwortung.

Regina van Dintter (CDU) hielt Sklavinnenhandel für unsere Gesellschaft für unwürdig. Frauen würden von Händlern wie Ware im Katalog angeboten. Mangels Sprach- und Ortskenntnissen könnten sie sich nicht wehren. Sie seien der Gewalt der Zuhälter ausgesetzt. Die Öffnung im Osten habe dem Gewerbe neuen Aufschwung gebracht. Es müsse gesellschaftlich geächtet werden. Eine länderübergreifende Strategie müsse verabredet werden.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) bezog sich auf einen pikanten Zwischenruf: Das Hauptproblem seien Männer, die Frauenkörper als Besitz ohne Einschränkung ansähen. Es sei

auch in Deutschland noch nicht lange her, daß Männer bestimmen konnten, ob ihre Frau arbeiten geht oder verreist, daß Frauen als Objekte angesehen würden. Erziehung der Jungen sei ganz wichtig, um da etwas zu ändern. Immer wieder müsse darauf aufmerksam gemacht werden.

Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) hielt den SPD-Antrag für beschämend dürrtig. Sie nannte es grundsätzlich falsch, daß das Parlament die Regierung frage, welche Gesetze und Maßnahmen sie für wünschenswert halte. Die Forderungen von Hemker hätten in den Antrag gehört. Zeuginnen in Prozessen gegen Händler müßten Bleiberecht erhalten. Ausländische Ehefrauen müßten ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten. Für illegal hiergebliebene GI-Frauen solle es eine generelle Amnestie geben. Die Anerkennung von Prostitution als Beruf würde Frauen Rechte verschaffen. Eine befristete Aufenthaltserlaubnis könne zur Befreiung beitragen. Notunterkünfte und Intensivberatung seien dringend. Arbeitsämter müßten stärker kontrollieren. Richter könnten eine Schärfung des Problembewußtseins gut vertragen. Weil die SPD nicht bereit sei, im Ausschuß über alle diese Forderungen zu beraten, enthalte sich die GRÜNEN-Fraktion.

Ilse Ridder-Melchers (SPD), Frauenministerin, drückte Betroffenheit über die schamlose Ausnutzung armer Mädchen aus. Männer erfüllten sich mit wirtschaftlicher Macht Sehnsüchte nach superweiblichen Exotinnen und der dienenden Frau, um totale Herrschaft auszuleben. Einfache Lösungen, das Geschäft zu unterbinden, gebe es nicht. Behörden drängten auf schärfere Gesetze und Kontrollen. Das Strafrecht sei im Bundesrat verschärft worden. Alle Vorschläge der Grünen und von Frauengruppen würden offensiv diskutiert. Sextourismus müsse geächtet werden.

Präsidentin soll Wert eines Hauses ermitteln Manche Bürger proben totale „Demokratie“

Zehn Jahre nach dem Kauf eines Mehrfamilienhauses möchte jetzt ein Bürger aus dem Ruhrgebiet ein Zehntel des Preises von der Kommune zurückhalten und erwartet von der Präsidentin des Landtags „eine konkrete Antwort“ auf seine Frage, ob sie seine Wertermittlung für korrekt halte. Wenn nicht, „bitte ich, mir mitzuteilen, in welchen Punkten Sie eine gegenteilige Auffassung haben“.

Vor zehn Jahren kaufte dieser Bürger aus dem Ruhrgebiet einer rund 100 Kilometer von seinem Wohnort entfernten Kleinstadt nahe der Grenze zu den Niederlanden ein Vierfamilienhaus (Baujahr 1958) samt 1300 Quadratmetergrundstück zum Preis von 181360 Mark ab. Drei Monate nach dem Notartermin versuchte er bei der Stadtverwaltung den Preis herunterzuhandeln. Als ihm das nicht gelang, reichte er eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Sachbearbeiter und außerdem eine Klage wegen angeblich fehlerhafter Wertermittlung ein, die als unbegründet abgewiesen wurde. Daraufhin wandte er sich an den Petitionsausschuß des Landtags (Pet. Nr. 9/18328). Diesem versicherte das Innenministerium als zuständige Kommunalaufsicht, daß es zur Annahme fehlerhafter Wertermittlung durch die verkaufende Kommune keinen Anlaß gebe. Bei der Preisgestaltung, so sollte dem Petenten auch mitgeteilt werden, gebe es keine Richtlinien für die Veräußerung gemeindeeigener Grundstücke. Grundsätzlich werde, wie auch hier, ein Mittelwert zwischen dem Ertrags- und dem Sachwert angenommen. Bei der Festsetzung des Kaufpreises seien Gemeinden im Interesse von Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Einnahmenbeschaffung verpflichtet, zum vollen Wert zu veräußern. Der Mittelwert sei ein Hilfsmittel im Rahmen der Vertragsfreiheit und könne durch den Verkehrswert (nach Marktlage, Zustand des Hauses) ersetzt werden.

Anstelle des für den Petenten ablehnenden Bescheids nahm sich der Wahlkreisabgeordnete persönlich der Sache an und führte, unterstützt vom Referenten der Landtagsverwaltung, im Beisein des städtischen Beigeordneten ein Gespräch mit dem Petenten. Ihm wurde eingeräumt, innerhalb eines Vierteljahres neue Gesichtspunkte vorzutragen. Der Petent ließ diese und weitere Fristen ungenutzt verstreichen, so daß schließlich ein Jahr und zwei Monate nach dem Ortstermin der Fall abschließend vom Ausschuß beschieden wurde. Insgesamt hatte der Fall den Landtagsausschuß – im ersten Durchgang – zwei Jahre lang beschäftigt.

Sechs Jahre später meldete sich der Petent erneut und übersandte Kopien eines Wertermittlungsgutachtens, das die Stadt 1980 in Auftrag gegeben hatte. In einem fünfseitigen Brief legte er ausführlich dar, daß die Stadt vor neun Jahren das von ihm gekaufte Grundstück um 18540 Mark zu hoch bewertet habe.

Der Petitionsausschuß sah aufgrund des vor sechs Jahren ermittelten Sachstands und des rechtskräftigen Gerichtsurteils keinen Anlaß für eine andere Beurteilung. Die erneute Eingabe wurde ablehnend beschieden.

Sechs Monate danach traf ein neues Schreiben des Petenten ein. Er verlangte jetzt eine Stellungnahme zu seiner eigenen Wertermittlung und die Begründung für die Ablehnung laut Ausschußprotokoll. Daraufhin wurde ihm mitgeteilt, daß die Sitzungen des Petitionsausschusses nicht wörtlich protokolliert würden und daß darüber hinaus gemäß Urteil des Bundesverfassungsgerichts eine Pflicht zur Begründung von ablehnenden Bescheiden nicht bestehe.

Beim höchsten Gericht hatte sich ein erfolgloser Petent auf das Grundrecht zur Beschwerde (Artikel 17 Grundgesetz), auf vermutete Rechtsverletzung durch die öffentliche Gewalt (Artikel 19, Absatz 4), auf das Anhörungsrecht (103, 1) und die Demokratie berufen. Er sah eine Pflicht zur Begründung des ablehnenden Bescheids. Das Bundesverfassungsgericht hält jedoch an seiner Auffassung von 1953 fest, das Petitionsrecht beinhalte keinen Anspruch auf Erfüllung des Anliegens. Eine Petition sei keine Popularklage. Überhaupt seien Volksvertretungen als Adressaten von Beschwerden eigentlich unzuständig für zahlreiche Sachanliegen, da sie nicht selbst entscheiden, sondern politischen Einfluß ausüben und Regierungen und Verwaltungen um Abhilfe ersuchen (I BvR 1553/90 vom 15. Mai 1992).

Dem Hausbesitzer mußte nun erklärt werden, daß auch die Präsidentin des Landtags an die höchstrichterliche Beschränkung des Beschwerderechts gebunden ist.

Blühende Soziokultur

Der Grünen-Antrag „Strukturhilfekonzept für Soziokultur in NRW jetzt!“ (Drs. 11/3942) wurde, wie vom Kulturausschuß (Drs. 11/5174) und von SPD, CDU und F.D.P. empfohlen, vom Plenum am 25. März für erledigt erklärt, nachdem aufgrund der öffentlichen Anhörung die Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt hat.

Dr. Eugen Gerritz (SPD) hielt den Antrag für durch die interministerielle Strukturhilfegruppe erledigt im positiven Sinne. Für fatal halte die SPD aber die Übernahme von Betriebskosten für einzelne soziokulturelle Zentren durch das Land.

Professorin Renate Möhrmann (CDU) sagte, Klappern gehöre zum Handwerk, aber die plenare Aussprache nach Bericht und Ausschußbefassung sei eine Farce sozialer Tonart. Alle vier Fraktionen hätten Soziokultur für unverzichtbar gehalten und durch die öffentliche Anhörung gemeinsam etwas erreicht. Alles undifferenziert in einen Topf zu werfen, konterkarriere die Anstrengungen, das seltene Pflänzchen überparteilicher Kooperation werde im Keim erstickt, das sei bedauerlich.

Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) bekundete großes Interesse und Wichtigkeit von Soziokultur. Für die bedeutsame kommunale Aufgabe habe es gute Anstöße gegeben. Das Land solle nicht wie eine Krake über die Kommunen hinweg alles organisieren und vorbestimmen, sondern für einzelne Ämter gebe es gute Moderatorenaufgaben.

Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) warf den anderen Fraktionen vor, sich hinter der Auswertung des Kultusministers zu verschütten, die ein Schlag ins Gesicht der Soziokultur sei, weil sie kein Problem löse, sondern den Zentren Verschlechterung bringe. Der Geschäftsstelle in Münster würden die Zuschüsse gestrichen. 200 000 bisher unbürokratisch vergebene Mark sollten künftig über einen umständlichen Dienstweg gehen. Unabhängige Soziokultur werde lächerlich und völlig überzogen durch schwerfällige Verwaltung zerstört. Frau Schumann zitierte aus Zuschriften und wiederholte die Forderungen des Antrags.

Kultusminister Hans Schwier (SPD) widersprach namens der Landesregierung dieser Bewertung. Die Liste der Eingaben sei ein Beweis für das Blühen von Soziokultur. Die dauerhafte Förderung von Büros sei nicht die wichtigste Aufgabe.

Modell-Autonomie

Der F.D.P.-Antrag „Strukturwandel und Qualifikationssystem – Standorticherung durch Offensive in der Hochschulpolitik“ (Drs. 11/5227) wurde nach der Aussprache am 25. März in die Ausschußberatung überwiesen.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) sah den Antrag als Teil der Überlegungen, wie Montan-Strukturen veränderbar seien. Im Mikatgutachten sei bereits auf unerschlossene Potentiale an der Nahtstelle zwischen Hochschule und Betrieben hingewiesen worden. Der Partner Hochschule dürfe nicht durch den Rotstift geschwächt werden. Das Auslaufen der beiden Sonderprogramme im Jahr 1995 erfordere rechtzeitige Vorsorge durch das Land. Hervorragende Wirtschaftspolitik drücke sich auch durch die

Grundlage einer attraktiven Bildungspolitik aus. Wissenschaftliches Personal müsse gehalten werden.

Karl Schultheis (SPD) hielt den Antrag für nicht erforderlich. Die Regierungserklärung vom 15. Oktober gebe die Situation realistisch wieder. Die vorausschauende Hochschulpolitik des Landes werde auch von der Opposition anerkannt. Die Sonderprogramme müßten fortgesetzt werden, die Hochschulautonomie gestärkt werden.

Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) trat für mehr Spielraum durch einen globalen Haushaltsansatz ein. Barrieren bei der Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat müßten beseitigt werden. Über Führungs- und Entscheidungsstrukturen müsse nachgedacht werden. Naturwissenschaftlich-technische Disziplinen müßten verdichtet

werden, da nur diese den Strukturwandel beschleunigen helfen könnten.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) stellte „Lobesmanie“ bei der Antragstellerin fest, die der Regierung ihre Koalitionsfähigkeit beweisen wolle. Die Hochschulen bräuchten keine Feuerwehrprogramme, sondern langfristig planbare Ausstattung. Der Antrag enthalte lauter Leerformeln.

Ministerin Anke Brunn (SPD) begrüßte positive Äußerungen und das bildungspolitische Gespräch. NRW brauche dringend Mittel für den Hochschulbau und für den Ausbau der Fachhochschulen. Die Präsenz von Wissenschaft erleichtere Industrieansiedlungen. In der Umwelttechnologie sei NRW dank der Forschung so weit gekommen. Die Finanzautonomie erfordere neue Managementqualifikation für Hochschulkanzler.

Der Erholungswert der Kanallandschaft werde trotz der Eingriffe noch vergrößert, führte der Präsident der Wasser- und Schifffahrtsdirektion West Raymund Hinricher bei der Feier anlässlich der Fertigstellung der Ausbaurbeiten am Rhein-Herne-Kanal aus. Wanderwege und Aufforstung an beiden Kanalufeln würden von der Bevölkerung gerne angenommen.

Wegen Bergbausenkungen war die Südschleuse der Stufe Herne-Ost zwischen 1914 und 1982 zweimal um insgesamt rund 3,30 Meter und die Nordschleuse einmal um rund einen Meter aufgehöhht worden. 1965 vereinbarten das Land NRW und der Bund den Ausbau der westdeutschen Kanäle, um zu verhindern, daß die Binnenschifffahrt ihre überragende Bedeutung für die Industrie im Rhein-Ruhr-Raum verliert. Für moderne Großmotorschiffe und Schubverbände wurde ein neuer Kanalquerschnitt und größere Schleusenabmessungen vereinbart. Im Zuge der Ausbaurbeiten am Rhein-Herne-Kanal wurde mit dem Schleusenneubau Herne-Ost die Kanalstufe Herne-West beseitigt. Während der gesamten Bauzeit konnte die Schifffahrt aufrechterhalten werden.

Der Rhein-Herne-Kanal verbindet den Rhein in Duisburg über den Dortmund-Ems-Kanal mit der Ems/Nordsee und über den Mittelkanal mit Weser und Elbe. Er wurde am Anfang des Jahrhunderts gebaut, um den Zechen einen kostengünstigeren Kohletransport zu ermöglichen. Mit den Zechenstilllegungen ging seine Bedeutung zurück. Aufgrund des Strukturwandels im Ruhrgebiet und aufgrund der Öffnung zum europäischen Osten wird jetzt mit dem Doppelten

Landtagsmitglied im EG-Regionalausschuß

Kurz nach der letzten Sitzung des Unterausschusses Europapolitik des Hauptausschusses erreichte den Landtag die Nachricht aus der Staatskanzlei, daß Nordrhein-Westfalen im EG-Regionalausschuß bereits in der ersten Sitzungsperiode zwei Sitze erhalten soll. Die Ministerpräsidenten der Länder hätten sich darauf verständigt, daß die Einwohnerzahl für die Vergabe der restlichen fünf deutschen Sitze maßgebend sein solle, so daß NRW im neuen EG-Regionalausschuß mit einem Vertreter der Landesregierung und einem Landtagsmitglied repräsentiert sein werde.

Sechs Landtagsfrauen bei TOP-Talkshow

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe eröffnet am Nachmittag des 3. Juli das Forum „Manpower ade?“ bei der 2. Frauenmesse TOP '93 in Düsseldorf, bei dem die Vorsitzende des Frauenausschusses Marie-Luise Morawietz und die vier Fraktionssprecherinnen Brigitte Speth (SPD), Regina van Dintter (CDU), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) und Marianne Hürten (DIE GRÜNEN) mit Frauen in Wirtschaft und Management diskutieren. Das wurde in der Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik am 23. April beschlossen.

Neue Zwillingsschleuse Herne-Ost fertig Kanalausbau: Mehr Ökonomie mit Ökologie

Nach siebenjähriger Bauzeit wurde am 16. April die neue Zwillingsschleuse Herne-Ost im Beisein zahlreicher Ehrengäste, darunter die Landtagsabgeordneten Hans Jaax (Vorsitzender des Verkehrsausschusses), Helmut Hellwig, Gabriele Gorcitzka (alle SPD) und Marianne Thomann-Stahl (F.D.P., stellvertretende Vorsitzende des Verkehrsausschusses) eröffnet. Die Altersschwäche der vorhandenen Schleusen und die Zunahme des Güterverkehrs auf den westdeutschen Kanälen hatten den Neubau notwendig gemacht, der rund 128 Millionen Mark kostete und vom Bund mit Beteiligung des Landes finanziert wird.

des heutigen Transportaufkommens gerechnet.

Zur Ersparnis von Schleusungswasser werden die beiden neuen Schleusen Herne-Ost im Zwillingsbetrieb gefahren: Das abfließende Wasser der einen Kammer wird zur Füllung der benachbarten Schleuse benutzt. Ein Füll- oder Entleervorgang dauert zwölf Minuten. Die neue Schleusengruppe Herne-Ost hat mit 12,80 Metern die größte Hub-

höhe von allen fünf Schleusen des Rhein-Herne-Kanals, der auf 45 Kilometern insgesamt 36 Meter Höhenunterschied überwindet.

Der Ausbau der westdeutschen Kanäle fügt sich in die Ziele des Landesprojekts Internationale Bauausstellung Emscher Park ein, mit dem neue Wohn- und Lebensqualitäten für das nördliche Ruhrgebiet erreicht werden sollen.



Luftaufnahme der Schleusen Herne-Ost am Eingang zum Rhein-Herne-Kanal, vorn die alte Schleuse, daneben die neuen Ersatzschleusen mit 12,80 Metern Hubhöhe. Foto: Wasser- und Schifffahrtsdirektion West

Änderung dienstrechtlicher Vorschriften:

Zehn Pfennig pro Dienstkilometer mit Rad

„Für Strecken, die der Dienstreisende aus triftigen Gründen mit einem ihm gehörenden Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt hat, wird als Auslagenersatz eine Wegstreckenentschädigung in Höhe von zehn Pfennig je Kilometer gewährt“, heißt es im NRW-Reisekostengesetz. Das gilt allerdings bisher nur, wenn die Strecken über die Grenzen einer Gemeinde hinausgeführt haben.

Überraschend ist nun die Landesregierung einer von den Grünen vorgelegten Gesetzesänderung gefolgt und wird künftig auch innerstädtische Dienstreisen per Fahrrad entschädigen. Die Grünen begründen ihren Vorschlag damit, daß durch die Erstattungspraxis der öffentlichen Hand der motorisierte Individualverkehr gegenüber umweltfreundlichen Verkehrsmitteln bevorzugt werde. Bei einer ökologisch ausgerichteten Verkehrspolitik müsse das Land jedoch in seinem

Kompetenzbereich für richtige Weichenstellung sorgen. Nachdem Staatssekretär Dr. Karlheinz Bentele (Finanzministerium) mitgeteilt hatte, daß das Kabinett zwei Tage zuvor im Rahmen eines Änderungsentwurfs mit verschiedenen Neuerungen zum öffentlichen Dienstrecht dem Grünen-Anliegen entsprochen habe, vertagte der Haushaltsausschuß am 22. April die Abstimmung über den Entwurf bis zur Vorlage des Regierungsentwurfs.

Sozialwohnungsmieten

Ministerin erklärt: Mit Härteausgleich soll nicht ein hoher Wasserverbrauch subventioniert werden

Über die Neuregelung des Härteausgleichs für Sozialwohnungen in den Jahren 1993 bis 1995 hat die Ministerin für Bauen und Wohnen, Ilse Brusis (SPD), Mitte März die Mitglieder des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen unter dem Vorsitz von Volkmar Schultz (SPD) informiert. Im Härteausgleich werden Aufwendungszuschüsse für überdurchschnittlich teure Sozialwohnungen gewährt, um die Miete für Personen mit niedrigem Einkommen auf einen sozial vertretbaren Betrag zu senken.

Im Zeitraum vom 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1993 wurden die Mieten bereits auf folgenden Miethöchstbetrag — nach den Wohngeld-Mietenstufen regional gestaffelt — gesenkt (pro Quadratmeter monatlich):

Mietenstufe 1: 6,60 Mark
Mietenstufe 2: 6,80 Mark
Mietenstufe 3: 7,00 Mark
Mietenstufe 4: 7,20 Mark
Mietenstufe 5: 7,40 Mark.

Diese Höchstbeträge beziehen sich auf die sogenannte Netto-Kaltmiete. Härteausgleich auf die Betriebskostenumlage wird als Übergangsregelung nur gewährt, wenn die Miete den vorgenannten Miethöchstbetrag und außerdem die Betriebskostenumlage den Höchstbetrag von 2,30 Mark pro Quadratmeter monatlich überschreitet.

Im Härteausgleich 1991/93 werden voraussichtlich rund 103000 Wohnungen unterstützt. Der Härteausgleich beträgt durch-

Im einzelnen ergibt sich die Neuregelung 1993/95 aus folgender Übersicht:

Mietenstufen	Härteausgleich Höchstbeträge			Wohngeldhöchstbeträge Gruppe	
	1991/93	1993/95	Steigerung in v.H.	1966/77	1978/91
1	2	3	4	5	6
1	6,60 DM	7,20 DM	9,1	5,93 DM	6,41 DM
2	6,80 DM	7,40 DM	8,8	6,41 DM	6,95 DM
3	7,00 DM	7,70 DM	10,0	6,95 DM	7,49 DM
4	7,20 DM	7,90 DM	9,7	7,62 DM	8,16 DM
5	7,40 DM	8,10 DM	9,5	8,30 DM	8,91 DM

schnittlich 1,39 Mark. Das bedeutet etwa 97 Mark für eine Wohnung mit 70 Quadratmeter Wohnfläche im Monat.

Bei Aufstellung des Haushaltes 1990 wurde festgelegt, den Härteausgleich in mehreren Stufen abzubauen und ihn ab Juli 1991 alle zwei Jahre um jeweils 25 Prozent zu kürzen. In der ersten Stufe ist der Härteausgleich von 300 auf 225 Millionen Mark im Zweijahreszeitraum reduziert worden. Ab 1. Juli 1993 ist als zweite Abbaustufe der Aufwand für 1993/95 auf 150 Millionen zu verringern. Dieser Betrag ist im Entwurf des Haushaltsplanes 1993 und der Finanzplanung für 1994 und 1995 vorgesehen. Nach einer Modellrechnung anhand der Daten des Härteausgleichs 1991/93 soll dieses Einsparungsziel durch eine Reihe von Maßnahmen erreicht werden.

Der Miethöchstbetrag soll angehoben und so bemessen werden, daß er nur gering unter der Miete für neue Sozialwohnungen liegt. Die unzureichend geförderten Wohnungen — vor allem der 70er Jahre — sollen in der Mietbelastung auf das Niveau neuer Sozialwohnungen verbilligt werden. Andererseits soll die Erhöhung der Wohnkostenbelastung, die sich für die betroffenen Mieter aus der Kürzung des Härteausgleichs ergibt, angemessen begrenzt werden.

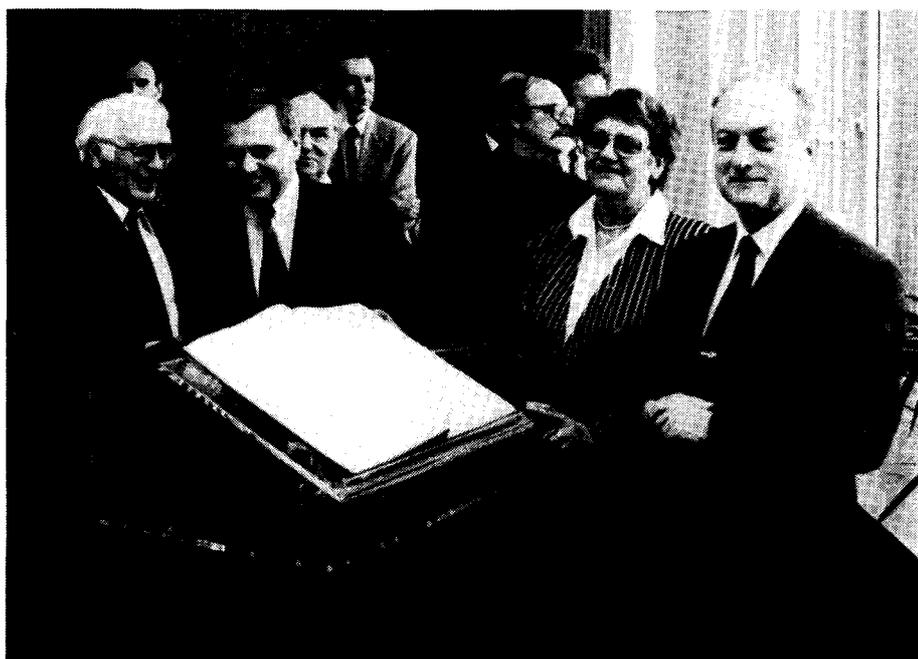
Gegenwärtig beträgt die Miete im Wohnungsneubau — regional differenziert nach den Mietenstufen des Wohngeldgesetzes — zwischen 7,20 und 8,40 Mark pro Quadratmeter monatlich. Der neue Miethöchstbetrag im Härteausgleich 1993/95 soll wie folgt festgesetzt werden:

Mietenstufe 1: 7,20 Mark
Mietenstufe 2: 7,40 Mark
Mietenstufe 3: 7,70 Mark
Mietenstufe 4: 7,90 Mark
Mietenstufe 5: 8,10 Mark.

Mit dieser Regelung soll sichergestellt werden, daß ältere Sozialwohnungen nicht teurer als vergleichbare neugebaute Wohnungen sind, daß die Erhöhung des Miethöchstbetrages gegenüber dem laufenden Härteausgleich zehn Prozent nicht überschreitet und daß die Nettomiete am 1. Juli 1993 8,10 Mark nicht übersteigt.

Die nach Härteausgleich verbleibende Mietbelastung kann durch Wohngeld weiter verringert werden. Bei der Berechnung des Wohngeldes wird allerdings die Miete insoweit berücksichtigt, als sie den Wohngeldhöchstbetrag nicht übersteigt. Die nach dem vorgesehenen Härteausgleich verbleibende Mietbelastung kann deshalb nicht in jedem Fall in voller Höhe bei Gewährung von Wohngeld berücksichtigt werden.

Zur Erhöhung des Betriebskostenhöchstbetrages führte die Ministerin aus, daß Betriebskosten im wesentlichen kommunale Gebühren, auch der Wasserverbrauch, grundsätzlich, auch aus ökologischen Gründen, nicht mit Instrumenten der Wohnungspolitik subventioniert werden sollten. Nur zur Vermeidung von Härten bei besonders hohen Betriebskosten (mehr als 2,30 Mark pro Quadratmeter monatlich) werde gegenwärtig Härteausgleich für Betriebskosten gewährt. Die Übergangsregelung soll fortgeführt werden, soweit die Betriebskosten 3,50 Mark pro Quadratmeter monatlich übersteigen. Begünstigt würden dabei landesweit etwa 850 Wohnungen.



Erfahrungsaustausch im Zuge langjähriger freundschaftlicher Beziehungen: Eine Delegation des niederösterreichischen Landtags unter Leitung des Landtagspräsidenten Franz Romeder (rechts) wurde von Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (zweite von rechts) und Vizepräsident Ulrich Schmidt (links neben Frau Friebe) im Düsseldorfer Landtag empfangen. Foto: Reinhardt

ZDF-Landesstudio

Das NRW-Landesstudio des ZDF in Düsseldorf wird ein Kommunikationszentrum erhalten. Das jetzt 30 Jahre alte Studio will noch vor der Sommerpause Treffs, Diskussionen, Vorträge und Brainstorming-Runden veranstalten, die sich vor allem mit nordrhein-westfälischen Themen befassen. Das Studio mit zur Zeit 60 Mitarbeitern begann mit seiner Arbeit am 1. April 1963 in der Düsseldorfer Grünstraße. Es dient auch als Produktionsplatz für sieben eigenständige Sendereihen.

Neues zur Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente aus Kiel (II)

Besucherdienst: Interesse wecken, Dialog eröffnen

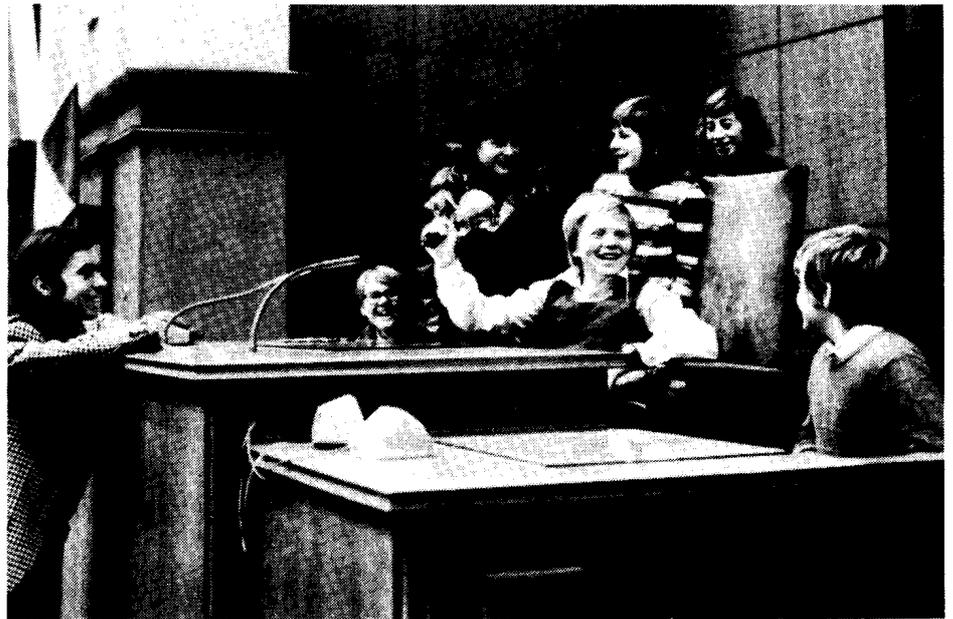
Der Berliner Chefredakteur **Dr. Hermann Rudolf** bezweifelte PR-Konzepte: Politik als Nichtpolitik verkaufen, das gehe nicht. Ernsthaftigkeit und Sinn von Politik seien zu verteidigen. Abends wurden einige Zumutungen heutiger Politik von Kieler Kabarettisten auf die Schippe genommen, zum Beispiel als gekonnte Mixtur aus Müll- und Postsortieren mit farbigen Behältern, Zahlen und Uhrzeiten.

Am nächsten Tag setzte der Inhaber des ersten Lehrstuhls für politische Bildung, **Tilman Grammes** (Passau), zu einer „Lehrerbeschimpfung“ an. Dreimal erschrecken sollte das Publikum über das Elend des Politikunterrichts: über eine Lehrerstudentin, die im Rollenspiel die Parteien im Stadtrat als Vertreter eigener Interessen verdächtigen ließ, über ein Unterrichtsmodell aus NRW mit Entmündigung von Berufspolitikern („was wir schon in der Schule machen, schaffen die nicht“) und über ein Lehrbuch, das Parteitagswirklichkeit als Panne, oder schlimmer: als Kungelei vermittelte.

Oft komme Meinung vor Funktionswissen, oder, wie eine junge Diskussionsteilnehmerin es ausdrückte: Kritik zu üben, habe sie gelernt, nicht jedoch, einen Kompromiß zu finden. Der Schwerpunkt von Parlamentspädagogik, so der Lehrerausbilder, sei die Schule und: Heutige Bürger müßten sich mit Politik beschäftigen; rechnen zu können, brauchten sie nicht. Er forderte mehr Zeit für die politische Bildung in der Schule.

Konkreter als der PR-Agent stellte dann die Kieler PH-Crew des Politikwissenschaftlers **Ulrich Sarcinelli** Baustein Eins ihres programmierten Parlaments vor. Das Präsentationssystem für den Besucherdienst soll, erläuterte er, „multimedial, interaktiv, flexibel, einfach handhabbar und gerätetechnisch verfügbar“ sein. 13 Bausteine sind

Die Besucherdienste deutscher Parlamente waren abschließendes Thema einer Tagung zur „Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente“ in Kiel (Teil I des Berichts in der vorigen Ausgabe). Am Tag zuvor hatten Abgeordnete, Politikwissenschaftler und Journalisten über das Spannungsfeld der Öffentlichkeitsarbeit zwischen Effizienz und Transparenz gesprochen. Am Schauplatz eines politischen Skandals war es um die schwierige Vermittlung des normalen parlamentarischen Alltags gegangen. Ein Werbeagent hatte politisches Marketing empfohlen. Der Vize der veranstaltenden Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Geschäftsordnung, Dieter Wiefelspütz (SPD), hatte erschreckende Wissensdefizite bei Bundestagsbesuchern festgestellt, denen 40 Jahre Parlament nicht anzumerken seien. Nach der Analyse von Unterrichtsmaterialien und von Lehrerverhalten im Schulfach Politik stellte ein Kieler Hochschulteam den ersten Baustein des Projektes „Multimediales Präsentationssystem“ für den Besucherdienst des schleswig-holsteinischen Landtags vor. Nachstehend die Fortsetzung des Tagungsberichts.



Unverdorrene Prediger des Parlamentarismus wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Besucherdienstes (im Bild: Sachbereichsleiter Ralph Kleine-Tebbe beim früheren Anschauungs„unterricht“ im Plenarsaal des Ständehauses), werden zur Zeit häufiger von verdrossenen Wählerinnen und Wählern als „Blitzableiter“ für allerlei Ärger benutzt. Dabei können sie, bei allem Engagement, angesichts der Terminenge und fehlender Vorkenntnisse der meisten Besucher, nicht viel mehr als Sympathie und — vielleicht — Bereitschaft zum Dialog erzeugen.

Europapreis für Städte Mülheim und Bocholt

Der Europarat hat den nordrhein-westfälischen Städten Mülheim an der Ruhr und Bocholt den Europapreis der Staatenorganisation zuerkannt. Beide Städte hätten sich durch den Aufbau von Städtepartnerschaften um die europäische Einigung verdient gemacht, hieß es.

Erster EG-Kongreß für Regionalpolitik

Vom 2. bis 4. Juni findet in Brüssel der erste Kongreß für Leiter kommunaler und regionaler Gebietskörperschaften mit dem Titel „Directoria '93“ statt. In zwei Plenarsitzungen soll es den 500 bis 600 europäischen Führungskräften unter dem Vorsitz des Generaldirektors für Regionalpolitik um „Netzwerke für den Informationsaustausch in der Raumentwicklung“ und um „Kommunale Entwicklung, Partnerschaft und Subsidiarität“ gehen. Dreißig Unternehmen mit Fachkenntnissen in der Umweltberatung, Kommunalentwicklung, Raumordnung und Raumplanung nehmen ebenfalls teil.

geplant. Wie ein Gesetz entsteht, ist später dran. Zuerst geht es um „Politik und Menschen: Bürger mischen sich ein“.

Mit Knopfdruck kann sich, so der Pädagoge **Jürgen Walter**, der Landtagsbesucher auf den Bildschirm holen, was ihn interessiert: als Text, als Standbild, mit Ton oder als Film. Da waren Plenarausschnitte, Interviews mit Politikern, Schriftstücke mit und ohne Ton oder auch Grafiken zu sehen. Das Menü wies den Weg zu Bürgerbeteiligung, zum Sitzungsalltag oder zum Papierkreislauf. Wählern sollen vor allem jüngeres Publikum zur Pfadsuche durchs komplexe Dickicht des parlamentarischen Systems animieren.

Tagungsteilnehmer, vor allem aber drei leitende Beamte der Besucherdienste (Bundestag, NRW-Landtag und Landtag Sachsen-Anhalt) äußerten sich anschließend zum Einsatz des Systems. Skepsis war zu hören, weil die Materie parlamentarische Demokratie zu komplex, die Darstellung schriftlastig und das Material aktualitätsabhängig sei. Begeisterung, weil junges Publikum mit Technik anzulocken sei und weil eigene Aktivität gefordert werde.

Das Parlament als Lernort konnte sich **Dr. Hans Zinnkann** (NRW-Landtag) vorstellen,

der im übrigen auch auf die Ausflugsstimmung vieler Besuchergruppen mit begrenzten pädagogischen Chancen hinwies. **Dr. Volker Geginat** (Deutscher Bundestag) wollte das programmierte Parlament lieber nur Lehrerinnen und Lehrern zur Unterrichtsvorbereitung oder -gestaltung überlassen. **Ulrich Grimm** (Landtag Sachsen-Anhalt) schilderte die „Ein-Mann-Show“ der Besucherbetreuung in den neuen Bundesländern, wo schon ein Faltblatt für den Heimweg ein großer Fortschritt sei.

Alle Tagungsexperten stimmten darin überein, daß das politische Publikum aus sehr unterschiedlichen Zielgruppen besteht. Also hieß es: „Weitermachen“ mit den vielfältigen Bemühungen, das Verständnis über die Regeln, die Abläufe und die Entscheidungen der Parlamente zu erhöhen: Broschüren, Zeitungen, Besucherdienst, PR-Werbung, Messestand. Am erfolgreichsten sei aber nach wie vor der direkte Dialog zwischen den Besuchern einerseits und den Abgeordneten und den Besucherdiensten andererseits. Als einer der letzten Diskussionsredner bekannte ein Journalist, er und andere Kollegen hätten in Sachverständigenanhörungen von Parlamentsausschüssen schon viel gelernt. Maria Mester-Grüner

SPD-Fraktion

Trotz knapper Mittel noch mehr Qualität in der Lehre

Die SPD hat in ihrer ersten Sitzung nach der Osterpause eine Novellierung der Hochschulgesetze beraten. Ziel der Novellierung sei es, trotz knapper Finanzmittel die Leistungsfähigkeit der Hochschulen zu verbessern, erklärte der hochschulpolitische Sprecher der SPD im Landtag, Rudolf Apostel. „Universitäten müssen in Lehrangebot und Organisation des Studiums stärker zwischen der wissenschaftlichen Vorbereitung auf die berufliche Praxis und der nachfolgenden

Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterscheiden“, unterstrich Apostel. Das berufsbefähigende Studium mit dem Abschluß Diplom/Magister/Staats-examen solle so konzipiert werden, daß es in einer Planstudienzeit von acht bis neun Semestern abgeschlossen werden könne. Nur in begründeten Ausnahmefällen solle das Studium in zehn Semestern abgeschlossen werden.

Die Umsetzung der vorgeschlagenen Strukturreform, so Apostel weiter, erfordere ein Bündel aufeinander abgestimmter Maßnahmen der Hochschulen und des Staates. Die Fraktion wolle durch Rechtsverordnung quantitative Eckdaten für Studium und Prüfung festschreiben. Rudolf Apostel: „Damit wollen wir Lehrende und Lernende stärker

auf die Ziele und Vorgaben des öffentlich finanzierten Studiums verpflichten.“

Mit verschiedenen Änderungen in der Leitung der Fachbereiche will die SPD-Landtagsfraktion mehr Transparenz und Qualität in der Lehre erreichen, aber auch im Hochschulbereich eine effektivere und schlankere Verwaltung ermöglichen. So solle künftig der Dekan bzw. die Dekanin die Fachbereiche leiten, erklärte Apostel. Der Dekan oder die Dekanin solle vor allem zuständig sein für die Vollständigkeit des Lehrangebotes, für die Studien- und Prüfungsorganisation sowie für die Erstellung des alle zwei Jahre vorzulegenden Lehrberichts. Außerdem solle der Dekan bzw. die Dekanin über den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fachbereich entscheiden.

CDU-Fraktion

CDU fordert Umbildung der Landesregierung

„Die Umbildung der Landesregierung ist seit Monaten überfällig.“ Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, erinnerte Ministerpräsident Rau an dessen wiederholt gemachte Ankündigung, das Landeskabinett personell zu erneuern. Das Kabinett Rau sei „saft- und kraftlos“. Seit Monaten mache die Landesregierung „mehr durch Skandale und Pannen von sich reden als durch konstruktive Politik zum Wohle unseres Landes“.

Am Beispiel des Skandals um das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest werde nach den Worten des CDU-Fraktionsvorsitzenden „deutlich, daß die Regierung Rau weder die Kraft noch den Willen hat, Konsequenzen aus ihren Fehlern zu ziehen“. Auch in anderen Ministerien herrsche offenbar das Prinzip des „management by error“, stellte der CDU-Politiker fest und nannte als Beispiele Innenminister Schnoor, der mit seinem Gesetzentwurf über die Kommunalreform ebenso Schiffbruch erlitten habe wie Wohnungsbauministerin Ilse Brusis, die dem Wohnungsmangel in NRW kein wirksames Konzept entgegenzusetzen habe. „Auch das für die Zukunft unseres Landes äußerst wichtige Wirtschaftsministerium benötigt an seiner Spitze einen Experten, der im Gegensatz zu

Günther Einert auch Taten präsentieren kann.“

„Wenn diese Landesregierung überhaupt etwas auf den Weg bringt, dann handelt es sich dabei in der Regel um Kopien von CDU-Anträgen“, stellte Linssen fest und erinnerte an die Vorlagen seiner Fraktion zum Werkswohnungsbau, zur Kroatienhilfe, zur Einstellung ausländischer Polizisten und zur Einrichtung von Betriebskindergärten. Dr. Linssen warnte den Ministerpräsidenten davor, „bei der längst überfälligen Umgestaltung seines Kabinetts den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und stromlinienförmige Parteigänger einzusetzen“. Im Landeskabinett müßten Dilettanten durch Experten abgelöst werden, „und da müssen auch qualifizierte Seiteneinsteiger ohne Parteibuch eine Chance haben“.

F.D.P.-Fraktion

Ohne Auto keine lebensfähige Stadt

Immer mehr nordrhein-westfälische Städte geraten in Gefahr, durch verkehrspolitische Radikallösungen die Lebensfähigkeit ihrer Innenstädte zu verlieren. Durch eine rigorose Verdrängung des Autos aus den zentralen Geschäftsbereichen büßen die Innenstädte an Attraktivität und Lebensqualität ein. Dabei gründet sich unsere gewachsene Stadtkultur gerade auf eine vielseitige und ausgewogene Funktionsmischung aus Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk, Kultur, Vergnügen und qualifizierter Dienstleistungen freier Berufe. Grundvoraus-

setzung für die Lebendigkeit einer Stadt ist die schnelle und leichte Erreichbarkeit der Innenstadt, die nur durch Kombination der verschiedenen Verkehrsmittel und durch individuelle Gesamtverkehrslösungen für jede einzelne Stadt gesichert werden kann.

Durch unkoordinierte Einzelmaßnahmen, wie z.B. Straßensperrungen oder mutwillig geschaffene Nadelöhre, wird die Verkehrsbelastung lediglich in andere Verkehrsbereiche, insbesondere Wohnquartiere, verlagert und die Belästigung der Anwohner durch Verkehrslärm und Abgase verschlimmert.

Deshalb fordert die F.D.P.-Landtagsfraktion: Parkraumoptimierung statt Parkverbot. Große Teile des motorisierten Individualverkehrs sind für viele Menschen selbst, aber auch für den Liefer-, Versorgungs-, Einkaufs- und Dienstleistungsverkehr, unverzichtbar. Die Innenstadt

muß für den Bürger immer erreichbar sein. Auch ein noch so attraktiver öffentlicher Nahverkehr – wenn es ihn denn je geben wird – führt nicht zur autolosen Stadt.

Die F.D.P. will nicht einfach mehr Parkplätze, sie will vorhandene erhalten und besser nutzen. Sie will Schnittstellen (Umsteige-„Bahnhöfe“ zwischen Individual- und Allgemeinverkehr) schaffen. Eine Politik der Verkappung von Stellplätzen garantiert keinen Umstieg zum ÖPNV, sondern verlagert nur die Parkraumsuche in die umliegenden Wohnquartiere. Eine moderne Form der politischen Geiselnahme.

Ein weiteres Rückziehen auf defensive und parkraumvermindernde Maßnahmen widerspricht der bestehenden und künftigen Nachfrageentwicklung, den Wünschen der autofahrenden Bürger und – wie Kassel gezeigt hat – den Wünschen der Wähler.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Bürokratie kontra Selbstverwaltung soziokultureller Zentren

Das Kultusministerium plant, die bescheidene Förderung der Soziokultur mit 1,4 Millionen Mark völlig umzustellen. Die davon besonders betroffenen 38 Zentren, wie die „Zeche Karl“ in Essen und der „Bahnhof Langendreer“ in Bochum, sollen an die kurze Leine der staatlichen Bürokratie angelegt werden. Diese Einrichtungen gelten zu Recht als Stätten der kulturellen Selbstverwaltung und Widerspenstigkeit. Die Kulturpolitische Sprecherin der Grünen im Land-

tag, Brigitte Schumann, befürchtet „Anpassung an bürokratische Strukturen mit erheblichem Verwaltungsaufwand“.

Konkret ist vorgesehen, der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft für soziokulturelle Zentren in Münster, einem Selbstverwaltungsgremium, die Zuschüsse zu streichen. Die 200 000 Mark, die den Zentren bisher über die Geschäftsstelle unbürokratisch zur Verfügung gestellt wurden, sollen zukünftig nur noch über einen umständlichen Dienstweg vergeben werden. Dazu sind Anträge zu stellen, die von den Kommunen und den Regierungspräsidenten an eine interministerielle Projektgruppe zugeleitet und dort nach obskuren Allerweltskriterien entschieden werden sollen.

Brigitte Schumann kommentiert diesen Vorgang: „In lächerlicher und völlig überzogener

Weise wird gegen die Unabhängigkeit der Zentren eine schwerfällige Verwaltungsmaschinerie in Gang gebracht. Das wird mehr Kosten und mehr Zeitaufwand erfordern als das bisherige Verfahren. Aber entscheidend scheint zu sein, daß die SPD-Bürokratie mehr Kontrolle über die soziokulturellen Zentren erhält. Wer das Wir-Gefühl der SPD-Kulturpolitik nicht stärkt, sondern gegen den Strich der herrschenden Kultur und Politik kreativ tätig ist, droht abgestraft zu werden.“

Die Grünen fordern mit den Zentren ein Strukturhilfekonzert, das den freien Gruppen mehr Zukunftschancen bietet.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

Radioaktive Stoffe als Luftfracht auch von NRW-Flughäfen

Auch über die Flughäfen Köln/Bonn und Düsseldorf wird wie in Frankfurt der Transport von radioaktiven Stoffen abgewickelt. Auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Katrin Grüber (DIE GRÜNEN) erklärt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, daß es sich in Köln dabei von 1991 bis Mitte 1992 um 72 und in Düsseldorf von 1991 bis zum Oktober 1992 um 465 solcher Sendungen gehandelt habe. Aufgrund der Beförderungsvorschriften der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) werde dabei sichergestellt, daß sowohl weder die Bediensteten des Flughafens noch Reisegäste einer schädigenden Radioaktivität ausgesetzt seien.

Jiddisch-Festival

Unter der Schirmherrschaft des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD) sowie der Deutschen UNESCO-Kommission findet vom 27. bis 29. November das „Europäische Jiddisch-Festival Leverkusen 1993“ statt. Gefördert wird das Festival durch die Stiftung Kunst und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen sowie das Kultusministerium und das Auswärtige Amt. In einer Mitteilung heißt es, nach den Jiddisch-Festivals in Wuppertal/Zürich 1984 sowie Krakau 1990 sei dieser Leverkusener Zyklus im Europa-Jahr 1993 vor dem Hintergrund der geschichtlichen und der aktuellen Ereignisse in Deutschland dem Beitrag der jiddischen Kultur zu Frieden und Verständigung gewidmet. Zugleich folge dieses Projekt dem 1989 von der UNESCO veröffentlichten Aufruf zur Erhaltung der jiddischen Kultur.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustin Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 6. Mai 1993, um 9.15 Uhr, im Raum E 3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 101143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher; Werner Stürmann (DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Vera Dedanwala (SPD)

„Ich wollte mich politisch engagieren, um nicht mehr ohnmächtig dazustehen.“ Nach einem Schlüsselerlebnis faßte Vera Dedanwala 1971 den Entschluß, Mitglied der SPD zu werden. Fortan verfolgte sie zielstrebig eine politische Karriere bis hin zum Landtagsmandat im Jahr 1990.

Gegen ihren eigenen Willen und den vieler Eltern war die damals einzige Hauptschulrektorin in Wuppertal zwangsversetzt worden. Notgedrungen mußte sie ihren Sessel in einer katholischen Schule räumen. Von diesem Zeitpunkt beschloß sie, nun die politischen Geschicke selbst mitzubestimmen. Elf Jahre lang engagierte sich die 49jährige als Ratsfrau in ihrer Heimatstadt Wuppertal. Zuerst war sie in Bezirksvertretungen tätig, dann war sie unter anderem Vorsitzende des Schulausschusses und stellvertretende Vorsitzende des Jugendwohlfahrtsausschusses. Elf Jahre lang war Vera Dedanwala aktiv in der Kommunalpolitik beschäftigt. Dann erkannte sie, welche Fesseln den Kommunen durch die Gesetzgebung des Landes angelegt werden. Die Vorstellung, auf der nächsthöheren Ebene etwas bewegen zu können, faszinierte die Mutter von zwei erwachsenen Töchtern derart, daß sie für den Landtag kandidierte.

„Ich habe aber nie den Bezug zur Kommunalpolitik verloren“, sagt die Pädagogin, die ihren zweiten Beruf anfangs als Hobby betrieben hat. „Wer in die Politik geht, sollte zuvor einen anderen Beruf ausgeübt haben“, meint sie. Das gewährleiste eine gewisse Unabhängigkeit — auch bei der Meinungsbildung und -äußerung. „Notfalls kann man in den alten Bereich zurückgehen.“

So kann auch Vera Dedanwala auf dem politischen Parkett selbstbewußt ihre eigene Linie vertreten. Beispielsweise stand sie im Gegensatz zu manchen Parteikollegen den Petersberger Asylbeschlüssen positiv gegenüber. Das Ziel der gebürtigen Radevormwalderin in der Politik: „Bewußt konkrete Situationen verbessern.“

„Wenn ich zum Beispiel über die Belange einer Berufsgruppe zu entscheiden habe, muß ich auch wissen, wie deren Alltag aussieht“, beschreibt Vera Dedanwala ihre Vorstellung von politischer Arbeit. Die aktive Abgeordnete ist unter anderem Mitglied im Innenausschuß und im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Landtag. Vor diesem Hintergrund verschaffte sich die Politikerin während der Diskussion über die Pflegeversicherung beispielsweise selbst ein Bild vor Ort und arbeitete 14 Tage als Hilfskraft im Pflege-Schichtdienst in einem Krankenhaus. Als es um das Kienbaum-Gutachten für die Polizei in Nordrhein-Westfalen ging, schob sie Dienst bei einer Polizeistation. Und zuletzt blickte sie hinter die Kulissen eines Sozialamtes, um die Probleme bei Asylfragen zu durchleuchten. Demnächst will sie in einem Waisenhaus arbeiten, um zu sehen, „wie die Wirklichkeit aussieht“. Einen engen Kontakt pflegt Vera Dedanwala deshalb auch zu den Betrieben in

ihrem Wahlkreis Wuppertal IV. Zur Debatte über eine allgemeine Politik- und Parteienverdrossenheit meint die stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende der SPD Wuppertal: „Ich glaube, es wird im Moment einfach lieber über die Politik geschimpft. Wir brauchen aber wieder das aktive Mitwirken der Bürger im Staat.“ Die Bevölkerung sei in ihrer Eigenverantwortung gefragt. Dieses Stück Selbstverantwortung in vielen Lebensbereichen könne der Staat dem Einzelnen nicht abnehmen. Allerdings trage die Diskussion über verschiedene Untersuchungsausschüsse gegen Minister nicht zur Akzeptanz von Politik bei. Selbstverständlich müssen nach Ansicht von Vera Dedanwala mögliche Unregelmäßigkeiten in der Politik geklärt werden, „aber auf sachlicher Ebene“. Das Thema Politik bestimmt auch im Privatleben der Abgeordneten, für die ein Achtstundentag ein Fremdwort ist, viele Gespräche mit den beiden Töchtern. Diese sind ebenfalls Mitglieder der SPD, „sehen dies durchaus aber auch kritisch“.

Wichtig ist auch für Vera Dedanwala, daß die Grundlinie innerhalb einer Partei stimmt, „dann kann man sie akzeptieren“. Die Frauen im Landtag sind ihrer Meinung nach durch alle Parteien hinweg sehr tüchtig, engagieren sich auf einer breiten Ebene in allen Bereichen. Fehlt der SPD-Abgeordneten ein Thema, das im „Tagesgeschäft“ vielleicht zu kurz kommt? „Die soziale Absicherung im Alter ist vielleicht ein Thema, mit dem man sich einmal konkreter beschäftigen müßte.“ Eine Problematik, die Vera Dedanwala ebenfalls durch ihre Arbeit nicht fremd ist. Denn nach wie vor ist sie noch Bürgerschaftsvertreterin im Klinikausschuß der Stadt Wuppertal. Darüber hinaus ist die Lehrerin für Geschichte und Mathematik Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokraten im Bildungsbereich. Ihre Erfolgserlebnisse in der Politik? „Solche, die man greifen kann. Das ist das Wichtigste.“ Andrea C. Stockhausen

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 30. April bis 7. Mai 1993

30. 4. **Wilhelm Krömer** (CDU), 54 J.
 4. 5. **Bärbel Höhn** (DIE GRÜNEN), 41 J.
 5. 5. **Franz Püll** (CDU), 66 J.
 6. 5. **Antonius Rösenberg** (CDU), 50 J.
 7. 5. **Dr. Hans Kraft** (SPD), 46 J.
 7. 5. **Norbert Giltjes** (CDU), 51 J.

★

Johannes Rau (SPD), nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, kann in diesem Jahr gleich eine Reihe von Jubiläen feiern. Zum einen gehört der sozialdemokratische Spitzenpolitiker nunmehr 35 Jahre dem nordrhein-westfälischen Landtag an. Das bedeutet Rekord. Zum anderen ist er 30 Jahre im Landesvorstand der SPD, 25 Jahre Mitglied des SPD-Bundesvorstandes sowie 15 Jahre im obersten SPD-Präsidium tätig. Seit 15 Jahren bekleidet er ferner das Amt des Ministerpräsidenten des bevölkerungsreichsten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

★

Norbert Burger (SPD), Landtagsabgeordneter und Kölner Oberbürgermeister, soll neuer Präsident des Deutschen Städtetages werden. Die SPD-Gruppe im kommunalen Spitzenverband hat Burger für die Wahl bei der Hauptversammlung in Karlsruhe nominiert. Einen Gegenkandidaten gibt es bisher nicht. Burger würde Nachfolger von Stuttgarts Oberbürgermeister **Manfred Rommel** (CDU), dessen Präsidentschaft Mitte Mai endet.

★

Professor Dr. Paul Mikat (CDU), ehemaliger nordrhein-westfälischer Kultusminister, sowie Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) wurden in diesem Jahr mit dem Ehrentitel „Bürger des Ruhrgebietes“ ausgezeichnet. Wie der Verein „pro Ruhrgebiet“ als Initiator berichtete, wird die Auszeichnung jährlich an Personen vergeben, die sich in besonderer Weise für die Region engagiert haben. Der Festakt 1993 fand am 23. April in Gladbeck statt.

★

Professor Dr. Ulrich Matz, Politikwissenschaftler, hat für vier Jahre das Amt des Rektors der Universität zu Köln übernommen. Der gebürtige Berliner, Direktor des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaften und Europäische Fragen, löst den bisherigen Rektor und Romanisten **Professor Dr. Bernhard König** ab. Rektor der Fernuniversität/Gesamthochschule Hagen wurde **Professor Dr. Günter Fandel**. Der in Köln geborene Wirtschaftswissenschaftler hat seit 1976 eine Professur für das Fach Betriebswirtschaftslehre an der Hagener Universität inne und tritt als Rektor die Nachfolge von **Professor Dr. Ulrich Battis** an.

★

Uwe Scheidel, Landtagsstenograf, hat bei dem Kurzschriftleistungsschreiben des Bezirks Rheinland des Westdeutschen Stenografenverbandes in englischer Sprache die Note „sehr gut“ und damit den ersten Platz erreicht. Scheidel, der dem Stenografenverband Bayer Leverkusen angehört, schaffte in der achten Minute eine Geschwindigkeit von 205 Silben. Im deut-

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Eine grüne Oase für Umweltbildung

Eine grüne Oase, ein innovativer Ort für Umweltbildung, befindet sich in der Chemiestadt Leverkusen. Dort, im städtischen Natur- und Schulbiologiezentrum auf Gut Ophoven (Bild), steht seit 1984 Natur zum Anfassen und Begreifen auf dem Programm. Erwachsene und Kinder lernen hier höchst lebendig kennen, was Naturschutz und Umweltschutz bedeuten. Das Haus wurde als erstes städtisches Gebäude baubiologisch saniert, d.h., es wurden nur Baustoffe verwendet, die nach heutigem Wissen als unbedenklich einzustufen sind. Als erstes Haus der Stadt erhielt Gut Ophoven integrierte Nisthilfen für die Vogelwelt ins Mauerwerk und unter das Dach. Einfach reinfliegen und brüten, heißt es jetzt beispielsweise für den Mauersegler. Von der umfangreichen Spezialbibliothek mit über 3000 Bänden und zahlreichen Zeitschriften bis zur Natur vor der Haustür sind es nur wenige Schritte. Der Weg zwischen Theorie und Praxis ist also kurz. Ohne den erhobenen Zeigefinger kommen auf Gut Ophoven Kinder und Jugendliche täglich der Natur auf die Spur. Die Nachfrage nach naturnaher Pädagogik bewirkt Wartelisten. Auch die erwachsenen Mitbürger aus Leverkusen und Umgebung sind auf Gut Ophoven gern zu Gast. Mit über 100 Kursen pro Jahr wird der biologische Bildungshunger der Erwachsenen gestillt. Hier können sie Schafwolle verspinnen und filzen, ihre Angst vor Spinnen abbauen oder die Kunst des Kompostierens erlernen. Der Besucher kann sich auf dem fünf Hektar großen Gelände die verschiedensten Gartentypen und Beispiele Leverkusener Naturlebensräume ansehen. Ein Schulgarten vervollständigt das Programm. Der Höhepunkt jedes Jahres für groß und klein ist der Umwelttreff. 1992 feierten über 4000 Besucher mit. Auch in diesem Jahr lädt der Förderverein Natur- und Schulbiologiezentrum wieder am 6. Juni zu einem großen Umweltfest ein.

schen Kurzschriftleistungsschreiben erreichte der Landtagsstenograf mit 300 Silben bei der Konkurrenz in Remscheid die Note „gut“ und somit den dritten Platz.

★

Professor Dr. Albert Günther, Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, zuvor innenpolitischer Referent der SPD-Landtagsfraktion, wurde zum Leiter der Abteilung Düsseldorf bestellt. An der FH Düsseldorf studieren 1100 angehende Landes- und Kommunalbeamte des gehobenen Dienstes mit dem Ziel der Staatsprüfung und des Abschlusses Diplomverwaltungswirt.

Referendariatszeit

Durch eine Änderung der Lehramtsprüfungsordnung mit dem Ziel eines strafferen Prüfungsverfahrens und eine Änderung der Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen will die Landesregierung die Wartezeiten für Examensabsolventen bis zur Referendariatszeit verkürzen. Nach diesen Änderungen soll die Wartezeit für angehende Lehrer auf ihr Referendariat nicht mehr als sechs Monate betragen. Das teilt das Kultusministerium auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Marie-Luise Woldering (CDU) mit (Drs. 11/4898).